

# Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 25 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Wohnstätten monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk., einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:

Die gespaltene Beilage 25 Pf., für auswärts 30 Pf., die zweiseitige Beilage 30 Pf., die zweiseitige Beilage mit Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Blockbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 24

Danzig, Sonnabend den 16. Juni 1917

8. Jahrgang

### Schicksalskampf der deutschen Arbeiterklasse

Unter dem Titel „Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen, ein Appell an Denkende“ hat der sozialdemokratische Parteivorstand eine kleine Broschüre herausgegeben. Sie ist zur Massenverbreitung bestimmt und im höchsten Grade geeignet, send aber anscheinend bisher nicht die Beachtung, die sie verdient. In dieser Broschüre wird die Kriegsfrage von dem Gesichtspunkt aus behandelt, der für die Sozialdemokratie allein ausschlaggebend ist, nämlich von den wirtschaftlichen Klassen-Interessen der Proletarier aus. Der Verfasser führt den Nachweis, daß der Krieg im wesentlichen aus wirtschaftlichen Gegensätzen entstanden ist und es um die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes geht. Seine Beweisführung ist klar und zwingend.

Er nimmt seinen Ausgang von der glänzenden Entwicklung, die im letzten Vierteljahrhundert vor dem Krieg Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht ersten Ranges erhob. Von 1890 bis 1913 wuchs die deutsche Volkszahl von 49 auf 68 Millionen. Die deutsche Steinkohlenförderung stieg von 70 auf 174 Millionen Tonnen im Jahr, die Eisenerzförderung von 11,4 auf 27,2 Millionen Tonnen. Der Raumgehalt der deutschen Ueberseeflotte vermehrte sich von 1,6 auf 4,9 Millionen Tonnen. Der Eisenbahngüterverkehr schnellte von 181 Millionen auf 667 Millionen Tonnen herauf. Deutschlands Spezialhandel mit dem Ausland ließ nicht viel daran fehlen, sich in diesen 25 Jahren zu verdreifachen.

Nur in diesem Rahmen der deutschen Volkswirtschaft konnte auch die deutsche Arbeiterklasse aufwärts steigen. Solange die Entwicklung Deutschlands zum konkurrenzfähigen Industriestaat nicht vollendet war, etwa in der Zeit bis zum Falle des Sozialistengesetzes, machten häufige wiederholte Krisenzeiten jede dauernde Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter unmöglich. Partei und Gewerkschaft blieben schwach. Daß Wissen Macht sei und die Arbeiter Anspruch auf Teilnahme an der Kultur hätten, konnte man ihnen zwar theoretisch darlegen. Praktisch wurden sie deshalb aber nicht gebildet und kulturfähiger. Der Aufstieg der Arbeiter aus dem Sumpfe von Dürftigkeit und Ohnmacht war erst möglich, als Deutschlands Wirtschaftsleben blühte. Erst dann konnte die Arbeiterschaft kämpfen und — Erfolge erringen. Hier liegt der Kern der ganzen Streitfrage. Wäre der Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens lediglich und ausschließlich den Kapitalisten zugute gekommen, dann wäre es für die Arbeiterschaft ganz gleichgültig, was mit Deutschland geschieht. Haben aber trotz aller Widerstände die Arbeiter sich Anteil an der deutschen Wirtschaftsbüte errungen und ist dies der einzige praktisch erkennbare Weg, die Arbeiterklasse zur Erfüllung höherer Aufgaben zu organisieren und zu bilden, dann hat das Proletariat auch seinerseits sein Lebensinteresse daran, daß Deutschlands Wirtschaftslieben weite Entfaltungsmöglichkeiten erhält. Die Broschüre weist mit einem überwältigenden Material aus der Gewerkschaftsstatistik nach, daß in der Tat die deutschen Arbeiter in der Zeit des industriellen Aufschwunges ihre gesamte Lebenslage wesentlich verbessert haben. In dieser Zeit fanden sie die Kraft, ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auszubauen, ihr Bildungswesen zu pflegen und die Grundlage einer deutschen Arbeiterkultur zu legen.

Ist nun das bisher Erreichte von Deutschlands Feinden bedroht? Droht uns die Verhinderung jedes weiteren Aufstieges auf unabsehbare Jahrzehnte? Der Verfasser der Broschüre hält sich nicht mit Auslassungen einzelner Unverantwortlicher auf, von denen einer erst in der „Times“ vom 19. Mai erklärt hat, die Deutschen müssen nach dem Kriege mindestens ein Jahrhundert lang ein geistig gebrochenes und unterdrücktes Volk bleiben. Der Verfasser legt nicht einmal Wert auf die triegswilden Reden feindlicher Minister, sondern hält sich nur an die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz der Vertreter aller Entente-Regierungen. Er weist nach, daß, wenn diese Absichten verwirklicht werden, die deutsche Industrie zermalmt und das deutsche Volk verelendet worden müßte. Der Beweis ist für das Baugewerbe, die chemische, die Textil- und Metallindustrie noch besonders bis ins einzelne hinein veranschaulicht. Es ist offenbar praktische gewerkschaftliche Kenntnis des Wirtschaftslebens, die hier das Wort führt.

Gelingt es Deutschland nicht in siegreicher Abwehr seine Feinde zum Frieden zu zwingen, dann geht es einem allgemeinen Verarmungsprozeß entgegen. Das deutsche Volk lebt dann hundert Jahre lang im Frieden so jämmerlich wie heute im Kriege seine schlecht bezahltesten Großstadtarbeiter. Der Arbeitsmarkt ist dauernd von Millionen Arbeitsloser überfüllt. Für eine Lohnbewegung ist nicht mehr die kleinste Aussicht.

Die Kapitalisten legen ihr Geld nicht mehr in deutschen Unternehmungen, sondern in holländischen Schiffen, südamerikanischen Minen oder amerikanischen Stahlwerken an. Der deutsche Arbeiter muß ins Ausland wandern oder im heimischen Elend verkommen. Das Unglück des Einzelnen würde zur Katastrophe der ganzen Arbeiterklasse. Die Organisationen und ihre Errungenschaften, die gewerkschaftliche Kampfpolitik, die Presse, die Mandate, die Volkshäuser, die Sekretariate, die Bildungsschule und Jugendhelme zerfielen in Trümmer, sobald die ökonomische Machtstellung des deutschen Proletariats gebrochen wäre, die ganz von den Wirtschaftsmöglichkeiten Deutschlands abhängt. Nur in geschlossenem Zusammenwirken mit dem ganzen übrigen Volke kann der deutsche Arbeiter seine Zukunft retten. Er muß dafür große Opfer bringen. Aber die Kinder und Enkel des deutschen Proletariats, die glückliche und freie Menschen sein werden, werden es ihm danken. Ob man sagt, man kämpfe für das bedrohte Vaterland oder für Deutschlands Wirtschaftsmöglichkeiten oder für die Zukunft der Arbeiterklasse und damit des deutschen Sozialismus, es bedeutet alles genau das gleiche. Mit dem Wissen der deutschen Arbeiter, sich nicht unterkriegen zu lassen, steht und fällt nicht bloß das Deutsche Reich, sondern auch die deutsche Arbeiterbewegung und die deutsche Sozialdemokratie.

Das ist die Ueberzeugung, die die Parteivorstands-Broschüre kraftvoll verteidigt. Sie fordert die Gegner dieser Politik der deutschen Sozialdemokratie heraus, nicht länger über „Vertrauen“ und „Sozialimperialismus“ bloßes Zeug zu schwafeln, sondern über diese wirtschaftliche Grundlegung unserer Politik den ehrlichen Kampf aufzunehmen. Dann wird sich erweisen, daß es noch nie eine weltgeschichtliche Lösung gab, die ihr Recht so gut auf den Felsgründen mächtigerer Wirtschaftstatachen bauen konnte, als die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie.

Wir beschränken uns darauf, mit dieser knappen Inhaltsangabe auf die ausgezeichnete Flugchrift aufmerksam zu machen. Die Organisationen können dafür sorgen, daß wenigstens jedes Parteimitglied sie selber in die Hände bekommt.

Die Schrift regt zu manchem weiteren Gedankengang über frühere Anschauungen der Partei und Richtlinien ihres künftigen Verhaltens an. Denn das Interesse an der Erhaltung der deutschen Volkswirtschaft beschränkt sich natürlich nicht auf die Kriegszeit. Aber wir wollen uns bescheiden, damit zunächst einmal die Broschüre des Parteivorstandes mit ihren wichtigen Tatsachen um so besser Gehör in möglichst weiten Kreisen findet.

### Stockholmer Friedensarbeit

Von Professor Heinrich Sammasch, Wien.

Jeder Freund der Menschheit und der Menschlichkeit muß alle Bestrebungen, Europa sobald als möglich aus der „Hölle“ des gegenwärtigen Krieges herauszuführen und sein weiteres „Ausbluten“ zu hindern, begrüßen. Mögen sie woher auch immer kommen, wenn nur die wirklichen Lebensbedingungen seines Volkes ebenso wie die der anderen durch den Friedensschluß erhalten bleiben. In diesem Sinne muß die Parole gelten: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Menschen“. Darum muß auch derjenige, den seine Weltanschauung von der sozialdemokratischen Partei trennt, wenn er auch mit manchen, ja mit vielen ihrer praktischen Bestrebungen sympathisiert, den auf jenes Ziel gerichteten Beratungen in Stockholm den besten Erfolg wünschen.

Fost drei Jahre schon sind die beiden großen internationalen Friedensmächte: Die über die ganze Welt verbreitete Gemeinschaft der vom Schicksal Enterbten und jener, die ihr bitteres Los zu mildern sich zum Programm gesetzt, auf der einen Seite. Und auf der anderen die Weltmacht der katholischen Kirche, dazu verurteilt, den zum großen Teil von den internationalen Vermächtern entsehteten Kriege tatlos zuzusehen. Nun ist die erste dieser sozialen Größen zum Worte gelangt. Gleichzeitig sprechen verlässliche Anzeichen dafür, daß auch die andere, trotz des nationalen Trumels, der in einigen der mit uns im Kriege stehenden Staaten selbst den Klerus ergriffen hat, jetzt ebenfalls mit bestimmten Anregungen zu Friedensverhandlungen hervortreten wird.

Drei Jahre lang war in einem großen Teil des Proletariats die Erkenntnis verdunkelt, daß die Arbeiter der ver-

\*) Wir entnehmen den vorstehenden Artikel der Wiener „Arbeiterzeitung“ nicht bloß seines ausgezeichneten Inhalts wegen, sondern auch wegen des hohen Ansehens des Verfassers als einer in ganz Europa angesehenen Autorität des Völkerrechts. Sammasch gehört der „linken“ sozialistischen Partei an.

schiedenen Staaten weit mehr Interessen mit einander gemeinsam haben, als Arbeiter und Unternehmer desselben Landes. Daß darum jeder Krieg für sie ein Bruderkrieg sei. Und haben sie auch weniger materielle Güter durch einen Krieg zu verlieren als andere Schichten der Gesellschaft, so steht doch in ihrer persönlichen Arbeitskraft für sie alles auf dem Spiele. Der Verlust des die Familie ernährenden Oberhauptes, die Verminderung der Erwerbsfähigkeit des verstümmelten oder durch Krankheit geschwächten Vaters. Die Zerrüttung der Gesundheit der in der Sorge für das tägliche Brot erschöpften Mutter. Der Mangel an Unterrichts, die verwaistete Erziehung der im Kriege ausgewachsenen Kinder. Die Schwierigkeit, wieder in geordnete Erwerbsverhältnisse zurückzufinden, kann für sich durch keinen Gewinn an räumlicher Ausdehnung und an politischer Macht ausgeglichen werden, den ihr Vaterland aus dem Kriege jöge. Von dem Gewinn, den daraus die Banken, die Flecker, der Großhandel, die Großindustrie ziehen, fällt nur ein winziges Prozentchen auf sie. So daß es begreiflich wird, wenn gerade sie von Gebietserwerbungen größeren Umfangs nichts wissen wollen, um derentwillen der Krieg noch verlängert werden sollte. Darum ist ihre Forderung der Friede „ohne Annexionen“, von denen sie nur zu gut aus der Erfahrung wissen, daß sie nur den Keim legen zu künftigen Kriegen. Jener ausgezeichnete schwedische Gelehrte, dem wir zwei der besten Bücher über den politischen Zustand vor dem Kriege und während des Krieges verdanken, Professor Kjellens, hat dieser Tage in einem Wiener Blatte die drei Parolen des „Vae victis“ (Wehe den Besiegten!), des Friedens ohne Annexionen und des Friedens auf Grund der Kriegskarte in seiner klaren und sachlichen Weise besprochen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß „Rußland, Frankreich und die Türkei besiegt seien, daß Deutschland und die österreichisch-ungarische Monarchie „relative Sieger“ seien, daß Italien einigen Gewinn und keinen eigentlichen Verlust“ habe, daß „England schließlich mit großem sichtbarem Gewinn (Mesopotamien, Schiffe von Arabien- und Palästina, den deutschen Kolonien in Afrika und der souveränen Stellung in Ägypten) und keinerlei sichtbaren Verlusten darstehe“. Zieht man also die Bilanz dieser Ergebnisse für die beiden Mächtegruppen im ganzen, so findet man in jeder Sieger und Besiegte. Wir können uns dabei an dem Gedanken erheben, daß der moralische Erfolg bei einem solchen Ergebnis auf der Seite größer sei, auf der die materiellen Kräfte um so viel geringer sind. Aber wir können auf dieser Grundlage keine wesentliche Veränderung der politischen Weltkarte fordern. Mag Kjellens im Status quo ante bellum (Zustand vor dem Kriege), auch die „reingezüchtete individualistische Anschauung von der Weltentwicklung“ finden wollen und den Ruf danach als einen „meltfremden“ bezeichnen, im Grunde läuft seine Darstellung doch selbst auf ihn hinaus. Da keine der beiden Gruppen, als Einheit genommen, die andere besiegt hat und keine von der anderen besiegt wurde, bleibt eben die Weltkarte im großen und ganzen unverändert. „Die Revision der politischen Karte, zu deren Notwendigkeit sich die politische Lage 1914 ausgewachsen hatte“, ist eben durch den Krieg nicht erfolgt. Der Krieg ist ein untaugliches Mittel dazu gemein. Sie kann nur durch Austausch unter beiderseitiger Zustimmung erfolgen. Darum kann der Friede nur ein Verständigungsfriede sein, auf den manche Aeußerungen unseres (des österreichisch-ungarischen) Ministers des Aeußeren, hinweisen. Zweifelloser kann der Friede kein „französischer“ sein im Sinne Ribots, aber auch kein „deutscher“ im Sinne Reventlows, er muß ein „europäischer“ sein!

### Kriegsnachrichten

Die letzten Westkämpfe

W. L. B. Berlin, 13. Juni. Im Wylschaele-Bogen litten die Engländer weiter in hohem Maße unter den Schwierigkeiten, die das völlig zerstörte Gelände für die Anlage neuer Stellungen und den gesamten Nachschub und Verpflegungsdienst bietet. Durch ihre gewaltigen Sprengungen hatten die Engländer wohl gehofft, diesmal den Durchbruch zu erzielen. Die Kaltblütigkeit und die heroische Tapferkeit der deutschen Verteidigung hat den in so großem Maße angelegten Durchbruch plötzlich ausfallen lassen. Mit der Zurücknahme der deutschen Stellungen in die Linie Hollebete—Warneton haben die Engländer alle ihre früheren Vorteile verloren. Ihre Batterien, die mit größten Schwierigkeiten über das fast unwegsame Gelände vorbewegt wurden, versuchten am 12., sich auf unsere neuen Stellungen einzuschließen, erlitten aber beim Vorgehen und Einschließen schwere Verluste. In nicht minder schwieriger Lage befindet sich die englische Infanterie. Diese ungünstigen Verhältnisse veranlassen die Engländer wohl zu dem Versuch, ihre Truppen im Wylschaele-Bogen durch einer Vorstoß gegen die Linie Warneton—La Bassée—Wille Lust zu schaffen. Allein die feindliche Sturmabsicht wurde rechtzeitig erkannt und die mit Truppen gefüllten Gräben wurden unter-

Berichtungsfeuer genommen. Nur südlich der Lappe-  
gang es den Engländern, in einen Graben vorzubringen. Unter  
schweren Verlusten mußten sie wieder zurückweichen. Doch ein  
später, am Abend an derselben Stelle angelegte Graben er-  
streckte im deutschen Offensivangriff.  
An der Arros-Front legten die Engländer ihre ver-  
stärkten Einheiten gegen den Dens-Bogen fort. Die dort Steu-  
berläufe werden, geschloßen hier alle ihre Kräfte an den  
deutschen Widerstand. Der geringe Erfolg, der ihnen an dem  
kleinen Erfolg beizubringen war, wurde mit Hilfe von Panzer-  
werkzeugen erzielt.

### Neuer Baralongfall

Unter der Hebersicht „Englische Mörder“, „Der neueste  
Baralongfall“, berichtet Josef Wenzel von der Norddeutschen Zeitung  
an den „Sozial-Anzeiger“:

Der Chef des Admiralstabes der Marine hat bekannt ge-  
geben, daß einige englische Monitore am 5. Juni morgens  
Offense besaßen und starke überlegene Ausflugskräfte. Die  
den anwesenden Monitoren beigegeben waren, mit zwei  
von unseren Nacht-Lorpedobooten in ein heftiges Gefecht ge-  
rieten, wobei unter „S. 20“ zum Sinken gebracht wurde. Der  
englische Führer jagte in seinem Bericht an die Admiralität in  
London hierzu: „Wir nahmen sieben Ueberlebende des Tor-  
pedojägers „S. 20“ auf.“ Der Oberbootsmannsmaat Heinrich  
Schmidt, der als Geschützführer auf „S. 20“ fuhr, trieb sieben  
Stunden auf See und kämpfte gegen den Tod. Von einem  
unserer nachsuchenden Marineschwärme wurde er aufgefunden  
und durch die Hilfe an Land getragen. Wieder zu sich ge-  
bracht, sagt er:

Sieben Mann von „S. 20“ wurden in ein englisches Boot  
genommen. Dann schloßen die Engländer ihr Rettungswerk.  
Sie hielten augenscheinlich den Befehl, nur die sieben Mann zum  
Berhörer mit heim zu bringen. Zwei Unteroffiziere, die außer-  
bord an dem englischen Boot hingen, wurden aufgefordert, so-  
fort loszulassen. Sie klammerten sich weiter fest und einer sagte  
zu dem englischen Bootsführer, daß er verwundet sei und daß  
ein Granatpatrone ihm ein Bein gefehlt habe. Als Antwort  
hielt ein englischer Matrose ihm eine Pistole gegen die Brust  
und hieß ihn zu, er solle sofort loslassen, sonst würde ge-  
schossen. Dem Zweiten, der sich gleichfalls festklammerte, schlug  
ein anderer Matrose mit dem Seitengewehr solange auf die  
Finger, bis der Mann losließ und in die See zurückfiel. Dies  
alles sah und hörte Heinrich Schmidt, der mit etwa 20 bis 25  
anderen Deutschen gleichfalls auf ein englisches Boot zuge-  
schwommen war. Letzteres meldete nach dem Zerfall, daß  
es fertig sei. Es erhielt den Befehl, zurückzukehren, und drehte  
ab ohne sich um das Schicksal der seine Hilfe anrufenden, im  
Meere treibenden Menschen zu kümmern.

### Italienische Einsicht über den U-Krieg

Die Mailänder „Italia“ schreibt: Wenn die Beröffent-  
lichung der wirklichen Ergebnisse des U-Bootkrieges gestattet  
würde, würden die Völker vermutlich Vernunft annehmen und  
sich sagen, daß es ein wahres Verbrechen ist, die Frucht mensch-  
lichen Fleisches in so gewaltigem Umfange auf den Grund des  
Meeres senden zu lassen. Gewiß, noch fürchten zahlreiche  
Schiffe die Meere, aber die Welttonnage nimmt in  
beängstigendem Maße ab. Wohl hat  
England die Truppentransporte nach Frankreich bisher, wenn  
auch unter schwerer Bedrohung, aufrechterhalten können; doch  
ist die Tatsache unbestreitbar, daß Groß-  
britannien trotz seiner herrlichen, über-  
mächtigen Flotten heute nicht mehr unge-  
schränkt die Herrschaft über die See besitzt.

### Kein Friedens-Fantasma Hindenburgs

Berlin, 11. Juni. Die neutrale und die feindliche Presse  
brechen die Rodrich Generalstabschef a. Hindenburg  
habe an den russischen Arbeiter- und Soldatenrat einen Frie-  
densvertrag, um seine Zustimmung zu dem annerkennungsfreien  
und entzweiungsfreien Frieden auszusprechen, worauf der Rat  
eine beiderseitige Antwort erteilt habe. Von zuständiger Seite  
wird uns die ganze Rodrich als Lüge bezeichnet. Der Frie-  
densvertrag habe selbstverständlich niemals einen derartigen Frie-  
densvertrag an den Soldatenrat gelangt.

### Russische Offensiv-Stimmung

Wien, 7. Juni. Aus Haparanda wird dem „Soz.-Anz.“  
gemeldet, das russische Wort „Korowe Jore“ erklärt, „hoffent-  
lich wird das deutsche Volk, daß die Revolutionäre in Russland  
keine Offensiv machen werden“. Alle neuen Informationen  
schwächen darin überein, daß die russische Offensiv an der Front  
an der Gebirgsfront der Armee heizern wird.

In den Reihen des deutschen Volkes ist längst die hier-  
durch erneut bekräftigte Überzeugung befestigt, daß die „sozial-  
demokratische“ Linie der Frie-  
de ist.

### Russische Truppen von der Westfront

Kopenhagen, 7. Juni. (Soz.-Anz.) Die Seemanns-  
Zeitung berichtet, daß die russische Frontstellung sich ge-  
ändert haben habe. Die an der Westfront kämpfenden russischen  
Truppen von der Front zu entfernen, da die Russen sich  
unter ihnen immer mehr gelodert habe. Sie hätten sogar den  
Versuch gemacht, sich mit den deutschen Truppen zu ver-  
einbaren. Der Vorwurf, in dieser Weise die trügerische Kommu-  
nist-Propaganda zu haben, ehrt die russischen Kämpfer, die mit  
Recht keine Statistiken des Kapitalismus sein wollen.

## Friedensvorbereitung

### Die deutsche Sozialdemokratie als Friedensstärkerin

Kopenhagen, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Stellung. Der aus Stockholm zurückgekehrte hat sich  
in einer Unterredung folgendermaßen ausgesprochen: Wir sind  
wieder an einem kritischen Punkt angelangt. So hoffnungs-  
voll wie früher kann ich mich nicht mehr aussprechen. Immer-  
wieder wird die Friedensarbeit durch chauvinistische Einmün-  
gen getrieben. Auf die Frage, wie man die Verhandlungen in  
Stockholm gestalten wird, antwortete Stanning: In der Haupt-

sache haben wir über die Auffassung der Parteien der Zentra-  
lkräfte Klarheit bekommen. Aber es geht langsam vorwärts.  
Das Komitee hatte für den 15. Mai bis 18. Juni eine Zusam-  
menkunft, aber mit diesem Man mußte man sich  
begnügen. Die Verhandlungen der deutschen Delegation waren am  
18. Mai abgebrochen, aber es ist nicht gelungen, die  
Verhandlungen, sondern, sondern, sondern haben ihre Ab-  
schlüsse gefunden. Die Verhandlungen mit der deutschen Dele-  
gation haben längere Zeit in Anspruch genommen. Jetzt hat  
die Delegation ein Memorandum abgegeben, das die Bedingungen  
für die Friedensbedingungen enthält, für die die deutsche  
Sozialdemokratie arbeiten wird. Das Memorandum soll ver-  
öffentlicht werden, sobald mit der Minderheit verhandelt mor-  
den ist. Es wird die Minderheit enthalten, die durch die  
Verhandlungen abgebrochen worden sind.

Nach Besprechung der Schwierigkeiten mit den Orient-  
Sozialisten lagte Stanning auf die Frage, was geschehen soll,  
wenn Engländer und Franzosen nicht teilnehmen. Dann muß  
überlegt werden, ob die Konferenz mittelmäßig abgebrochen  
werden, oder ob sie allein für jene Parteien weiter fortgesetzt  
werden soll. Die ihren Anschluß an die Friedensarbeit der  
Sozialdemokratie erklären. Stanning teilte weiter mit, daß  
die Delegation aus Russland schon abgereist gewesen sei, aber  
heimgerufen wurde. Eine Verhandlung werde möglicherweise  
in Petersburg stattfinden durch Delegierte aus Stockholm, die  
dort hin abreißen wollten. Stanning schloß: Mit vollem Ernst  
spricht man jetzt von einem neuen Winterfeldzug, ja von einer  
zwei- bis dreijährigen Fortsetzung des Krieges. Hoffentlich  
aber wird die Sozialdemokratie aller Länder verstehen, welche  
ein ungeheures Unglück das für die Menschheit sein würde.  
Wir haben bis jetzt erreicht, daß überall über den Frieden ge-  
sprochen wird und daß die Wahrheit zutage kommt. Nicht  
länger ist man berechtigt, von der deutschen und von der öster-  
reichischen Sozialdemokratie als von Stützen einer Eroberungs-  
politik zu sprechen. Sie haben das klar und entschieden jurist-  
gewiesen und haben dadurch den Genossen aller Länder ge-  
zeigt, auf welcher Grundlage die gemeinsame Aktion für den  
Frieden aufgenommen werden kann.

Stockholm, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Heute schloßen die Verhandlungen des holländisch-stan-  
dinawischen Komitees mit der deutschen Delegation ab. Wenn  
die deutsche Minderheit nicht kommt, soll mit den Ukrainern  
verhandelt werden, von denen bisher der Oesterreicher Lem-  
nizki anwesend ist. Ein russischer Ukrainer soll gleichfalls zu  
den Verhandlungen erscheinen. Dann folgen die Tschechen,  
von denen Remez und Habermann Sonntag von Prag ab-  
reisten. Smerral folgt am Tage darauf.

Eine Depesche an die hiesige französische Gesandtschaft  
deutet an, daß die Ankunft zweier französischer Sozialisten  
bevorstehe. Doch ist kein Zeitpunkt dafür angegeben.

Die deutsche Minderheit begründet ihren Reiseausflug  
damit, daß den älteren Teilnehmern die mehrfache Reise er-  
spart werden soll.

Genosse Alberda bittet, eine Kopenhagener Meldung des  
„Vorwärts“ zu berichtigen, wonach er sich über die Aussichten  
der Konferenz pessimistisch geäußert haben soll. Das ist nicht  
richtig. Alberda hat mit einigen amerikanischen Journalisten  
über die letzte Rede Ribots gesprochen und dann bemerkt, daß  
er die Sache des Friedens in diesem Jahre nicht sehr günstig  
beurteile, weil die Vorbereitungen zu einer Verständigung zu  
spät getroffen werden.

Von der deutschen Delegation kehren die Genossen  
Legien und Sassenbach am Mittwoch nach Berlin zurück; die  
anderen verlängern ihren Aufenthalt in Stockholm.

### Weitere Verhandlungen zum Friedensproblem

Stockholm, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des  
„Vorwärts“.) Heute begann die Beratung mit dem holländisch-  
skandinawischen Komitee über das Memorandum der deutschen  
Delegation, in dem der Fragebogen über das Friedensproblem  
beantwortet wird. Auf Antrag der deutschen Delegation wurde  
dem Fragebogen die Frage hinzugefügt, was die einzelnen  
sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern während  
des Krieges zugunsten des Friedens unternommen hätten.

Hier verläutet, daß den Franzosen, den Engländern und  
den Amerikanern in ihren Häfen für Russland ein einjähriger  
Aufenthalt in Stockholm bewilligt werden soll, wodurch man  
ihnen Gelegenheit geben will, sich mit Branting zu besprechen.

Die Vertreter der deutschen Minderheit  
sind gekern nicht eingetroffen. Man vermutet  
hier, daß sie erst zur allgemeinen Konferenz  
kommen wollen.

### Deutsche und französische Stockholm-Freiheit

Bern, 11. Juni. Der von Russland zurückgekehrte  
Sozialist Moulet schreibt in der „Humanität“, in Frankreich hätten  
weder Regierung noch Parlament verstanden, daß die Ver-  
weigerung der Visé für Stockholm einen Irrtum darstelle.  
Hoffentlich werde man dies noch einsehen. Die deutsche Re-  
gierung lasse die deutschen Sozialisten nach Stockholm gehen,  
aber in der freien Republik Frankreich besäße eine der größten  
Parteien der Landesvertretung nicht sozialistische Bewe-  
gungsfreiheit. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg  
weigerte sich, die deutschen Kriegsjahre bekanntzugeben, auch in  
Frankreich veröffentlichte man die Feinigen nicht, weil Debatten  
dabei unerwünscht sind. So arbeite man in Frankreich daran,  
Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen. Was würden  
die Russen darüber denken? Die französischen Imperialisten,  
die sich gegen Stockholm wehren, befürchteten den Einfluß  
der Völker auf die Beschlüsse der französischen Regierung und  
wollten es deshalb der Geheimdiplomatie überlassen, das Schick-  
sal der Völker zum Besten der kapitalistischen Interessen zu  
regeln.

### Englands Sozialisten für freiheitlichen Frieden

B. I. B. Bern, 8. Juni. Hiljip Swanden begründete  
auf der Sozialistenversammlung in Leeds am 3. Juni eine  
Entscheidung, welche die englische Regierung auffordert, sich  
für die russische Friedensformel: keine Annexion, keine Ent-  
schädigungen, öffentlich zu erklären. Der Redner führte aus,  
die fragliche Formel werde bereits von Lord Cecil und Asquith

angenommen, aber willkürlich ausgelegt. Die Russen ver-  
langten, daß die im Laufe des Krieges besetzten Gebiete bis  
zum Friedensschluß nicht Kraft der Eroberungsrechte allein dem  
Besieger verbleiben sollten. Cecil und Asquith wollten 400 000  
Quadratkilometer deutschen Kolonialbesitz dem britischen Reich  
einverleiben. Sie nennen dieses nicht Imperialismus, sondern  
Erfüllung der göttlichen Mission an das britische Volk, die Be-  
drückten Ostwärts zu befreien. Angesichts solcher Auffassun-  
gen müsse England darauf bestehen, daß seine Staatsmänner  
die Formel „keine Annexionen“ genau definierten, ehe sie sie  
anzunehmen vorgäben. Die Annahme derselben sei Hohn und  
Farce, solange sie bei den in der Antwort der Ministerien auf  
Wilson's Friedensnote niedergelegten Bedingungen beharrten.  
Die slavophobische, polnische, österreichische und Balkan-  
frage, ebenso die irische, ägyptische und indische Frage ließen  
sich dadurch lösen, daß jede Nation das Recht freier Selbst-  
bestimmung eingeräumt würde. Nur ein „Vollfriede“ könne  
ein dauernder Friede sein. Fairchild, der Macdonald nach Pe-  
tersburg begleitet, unterließ die fragliche Entschiedenheit und  
erklärte, Deutschland habe den gleichen Anspruch auf den Platz  
an der Sonne wie jede andere Nation. Die Welt brauche den  
Frieden, der keinen Teil erniedrige. Ein französischer Friede,  
wie ihn Ribot ankündigte, sei für die Arbeiterschaft der Welt  
ebenso unannehmbar wie ein deutscher Friede.

### Englands Arbeiter erwachen

B. I. B. Stockholm, 12. Juni. Das sozialistische Blatt  
„Politiken“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem russischen  
Sozialdemokraten Kapitän Sergius Ghon, der nach zehnjähri-  
gem Aufenthalt in England auf der Heimreise nach Petersburg  
einige Tage in Stockholm verweilt.

Über die Zustände in England befragt, erklärte er u. a.,  
in keinem anderen europäischen Lande übte die russische Revo-  
lution einen so tiefgehenden Einfluß aus, wie in England. Die  
russische Revolution bewirkte einen völligen Zusammenbruch  
der Arbeiter, dessen erstes Zeichen die Versammlung in der  
Alberthalle in London zur Feier der Vorgänge in Petersburg  
war, wo durchaus revolutionäre Reden gehalten wurden.  
Seitdem finden riesige Friedensversammlungen im ganzen Lande  
statt. Der zweite Zustand der Maschinenarbeiter im Clyde-  
Bezirk, der nach dem Urteil aller Arbeiterführer das Land  
nahe an den Rand der Revolution brachte, war der erste  
Versuch der englischen Arbeiter, die volle Herrschaft über ihre  
Industrie zu gewinnen. Die Konferenz in Leeds am 3. Juni  
führte endgültig alle Arbeiterorganisationen in England zu-  
sammen. Die vier angenommenen Entschlüsse, welche die  
Presse nicht bringen durfte, teilte der Kapitän im Wortlaut  
mit. Die erste enthält die Begrüßung der russischen Revolution  
in der zweiten wird versprochen, für einen Frieden ohne  
Annexionen und Schadenersatz zu arbeiten, die dritte ermahnt  
die englische Regierung, nach dem Muster der russischen Re-  
gierung volle Bürgerfreiheit für alle einzuführen und die vierte  
fordert auf, in jeder Stadt der Provinz Arbeiter- und Soldaten-  
räte einzusetzen, um die Arbeiterklasse zur Tätigkeit für die ver-  
langten Reformen und zur Arbeit für einen Frieden zu bring-  
en, den die einzelnen Völker miteinander schließen wollen.

## Politische Rundschau

### Reichstagswahlen sofort nach Friedensschluß

Gegenüber dem vielfach ausgesprochenen Wunsche, die Legisla-  
tursperiode des Reichstags auch noch über den Friedensschluß zu ver-  
längern, wird nach dem „Berl. Tagebl.“ aus parlamentarischen Kreisen  
mitgeteilt, daß davon keine Rede sein könne. Schon in einem Reichs-  
tagsausflug sei man übereinstimmend zu der Auffassung gekommen,  
daß gleich nach Friedensschluß Neuwahlen zum Reichstag zu erfol-  
gerten hätten. Auch die Vertreter der Regierungen hätten diesen Stand-  
punkt geteilt.

### Die deutschen Sozialdemokraten in Stockholm

Die ganze deutsche Presse zollt dem Auftreten der deutschen  
Delegation in Stockholm achtungsvolle Aufmerksamkeit. So schreibt  
z. B. die „Berliner Morgenpost“:

„Die Argumente, mit denen Scheidemann und Dr. David  
weit entfernt von jedem engherzigen Chauvinismus, den Stand-  
punkt der zu ihrem Lande stehenden deutschen Sozialdemokraten  
vertraten, werden sicher ihren Eindruck im neutralen Ausland und  
auch bei unseren Feinden, vor allem bei den Russen, nicht ver-  
fehlen. Würdig, getragen von wohlthuender Sachlichkeit und mit  
geradezu vorbildlicher Objektivität haben die deutschen Sozial-  
demokraten in Stockholm sich gegen die unerhörten Beschimpfungen  
gewehrt, mit denen sie jetzt jahrelang von Leuten überhäuft worden  
sind, die, wenn sie in Deutschland den gleichen Standpunkt ein-  
nahmen, etwa rechts vom Grafen Reventlow politisch zu Hau-  
sein würden. Wie man auch in Einzelfragen zu Stockholm stehen  
mag, sicher werden die Verhandlungen ihre guten Früchte tragen.“

Nur die „Deutsche Tageszeitung“ greift Scheidemann an. Er  
hat bekanntlich in Stockholm gesagt, daß ohne unsere Taktik nicht die  
russische Revolution gekommen, sondern der Zar in Berlin ein-  
gezogen wäre. Deswegen heißt es in der „D. T.“, „das Ausland  
werde daraus den Schluß ziehen, Deutschland sei am Ende seiner  
Kraft gewesen und habe deshalb als letzten Rettungsversuch die  
russische Revolution angezettelt“. So einseitig urteilt man im Aus-  
lande nicht, sondern wohl nur in der „Deutschen Tageszeitung“.  
Scheidemanns Ausführungen sollten natürlich sagen, daß, wenn die  
Sozialdemokraten am 4. August 1914 und seither nicht für, sondern  
gegen Deutschland Stellung genommen hätte, die deutschen Siege mit  
all ihren Folgen kaum hätten errungen werden können. Die ganze  
Welt versteht das auch ohne Erläuterungen.

### Stockholmer Erwartungen

Trotz entrüsteter Proteste der Mitteldeutschen hat die „Köln-  
Zeitung“, die als Sprachrohr der Regierung angesehen wird,  
die Tatsache ausgesprochen, daß Millionen guter Deutscher jede  
Arbeit für den Frieden, insbesondere Stockholm, mit ihren  
heißten Wünschen begleiten, und daran die Bitte geknüpft, die  
deutschen Sozialdemokraten möchten in Stockholm nicht ver-  
gessen, daß sie Vertreter des deutschen Volkes seien, daß sie  
3 Jahren Sieg über Sieg errungen habe. Als sie deshalb  
Vorwürfe erhielt — wie darf man auch Sozialdemokraten als  
gute Deutsche bezeichnen und gar Scheidemann—Ebert—David-  
als Vertreter des deutschen Volkes! — hat die „Kölnische Sig-  
nung und ohne Zögern erwidert: man dürfe sich von Stockholm

## Die Sozialdemokratie für die Soldaten

Der Weltkrieg hat alle vorher angestellten Vermutungen und Berechnungen über den Haufen geworfen. Es kam so ziemlich alles anders, als man dachte. Massen sind unter die Fahnen gerufen worden, von denen man sich im Frieden gar keine rechte Vorstellung machen konnte. Gerade dieses, alle Erwartungen übertreffende Maß von Einziehungen ließ es natürlich erscheinen, daß schon nach Verlauf der ersten Wochen des Krieges Klagen aus dem Felde und aus der Heimat an die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und an die Redaktionen unserer Parteiblätter kamen. Die Presse konnte sich aus naheliegenden Gründen nicht zum Dolmetsch der an sie gelangten Klagen machen, die Tribüne des Reichstages war schließlich der einzige Ort, von dem aus ein energisches Wort noch möglich war. Aber auch diese Tribüne stand nicht in gewohnter Weise zur Verfügung, denn die wenigen Sitzungen, die das Plenum des Reichstages abhielt, trugen einen mehr demonstrativen Charakter; möglichst kein Mißton sollte sie stören.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat natürlich trotzdem keinen Moment ihre Pflicht vernachlässigt. Die Verhandlungen und zum Teil recht lebhaften Auseinandersetzungen enjagten sich freilich der Kontrolle der Öffentlichkeit. Sie wurden im Haushaltsausschuß des Reichstages geführt und es war möglich, die größten Klagen abzustellen. Wenn der Krieg zu Ende ist und die Protokolle können der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, dann werden sich die Parteigenossen davon überzeugen können, daß es die Sozialdemokratie weder an Schärfe der Kritik, noch an praktischen Vorschlägen, in die Form von Anträgen gekleidet, hat fehlen lassen. Es ist keine Tagung des Reichstages vorübergegangen — und sei sie auch noch so kurz gewesen —, ohne daß die sozialdemokratische Fraktion durchgehend hätte, daß Militärfragen zur Verhandlung gestellt wurden. Und immer haben die von der Fraktion bestimmten Redner mit Eifer und Fleiß die Berge von Material, das der Fraktion zugegangen war, verwertet.

### Behandlung der Mannschaften.

Die Behandlung der Soldaten war immer ein Kapitel, das bei der Beratung des Militäretats im Reichstage eine große Rolle gespielt hat. Im Frieden hatte man es in unserem Rekrutementmaterial mit jungen Leuten zu tun, die Zeit zu einer organisch gegliederten, systematischen Ausbildung war gegeben, das erforderliche Ausbildungspersonal war ausreichend vorhanden und im allgemeinen seiner Aufgabe gewachsen. Mit Ausbruch des Krieges wurde das alles anders. Das militärisch nicht ausgebildete Menschenmaterial war denkbar ungleich, Neben dem kräftigen, wohlgenährten Mann aus den besitzenden Klassen stand der ausgezeherte Fabrikarbeiter; die Altersunterschiede waren nicht minder groß. Das Ausbildungspersonal hatte zu einem erheblichen Teil den bunten Rod seit vielen Jahren ausgezogen und stand infolgedessen vielfach auch vor ganz neuen Aufgaben. Dazu kam die Ausbildung im Galopp tempo erfolgen — alles Umstände, die zusammenwirkend eine mehr oder minder große Zahl von Mißgriffen herbeiführen mußten. Der Mitglieder des Haushaltsausschusses und der zahlreich als Zuhörer anwesenden Abgeordneten bemächtigte sich ein hoher Grad von Empörung, als unsere Redner bald nach Kriegsausbruch eine schier endlose Reihe von Mißgriffen

aller Art zur Sprache brachten. Unter dem Eindruck dieser Fülle von Tatsachen erhob sich der damalige stellvertretende Kriegsminister, General v. Wandel, um über die Mißhandlung von Soldaten ein Urteil zu fällen, wie es in dieser rüchichtslosen Schärfe von dieser Seite noch nie gehört wurde. Der Kriegsminister sagte ein Eingreifen zu; er griff ein und bald zeigte sich der Erfolg — die Klagen über Soldatenmißhandlungen nahmen rasch ab. Nicht so die Klagen über Beschimpfungen. Der Ton in den Kasernen gehörte nie zu den Blüten der Kultur. Wenn in der Kaserne ein Fluch oder ein Schimpfwort fällt, regt sich kein Mensch sonderlich darüber auf; die Hauptleute, die nur schimpfen, sind nicht immer die schlechtesten. Anders aber, wenn 40jährige Leute von 20jährigen Unteroffizieren mit Ausdrücken belegt werden, die vielfach dem Wortschatz egoistischer Zoologie entstammen. In diesem Fall kann ein Schimpfwort wie ein Peitschenhieb wirken; die Abwehr ist dem Gefährten verwehrt. Diese, wie einer unserer Fraktionsredner sagte, leelischen Qualereien und Mißhandlungen bilden den Gegenstand fortgesetzter scharfer Kritik, die schließlich ihren Niederschlag in dem folgenden Antrag fand:

„den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, schnelligst gegen Mißhandlung und schlechte Behandlung von Sol-

daten mit allen Mitteln sich zu wenden und alle Beschwerden des Beschwerderechts zur Aufhebung zu bringen.“

Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt; die Folge war aber doch, daß scharfe Erlasse an die Truppenverbände hinausgegeben wurden, die zunächst einmal ihre Wirkung nicht verfehlten. Diese Wirkung war leider keine nachhaltige, so daß schließlich ein sozialdemokratischer Redner vom Kriegsminister verlangte, daß er einmal von der Tribüne des Reichstages herab gegen diesen Unfug auftreten solle. Der Kriegsminister v. Stein folgte dieser Anregung. In der Sitzung des Reichstages vom 4. Mai 1917 sagte er:

„Sie können überzeugt sein, meine Herren, daß ich in dieser Sache rüchichtslos gegen jeden vorgehen und vor keiner Person Halt machen werde, die sich etwas zuschulden kommen läßt. Ich habe seit der jüngsten Zeit meines Soldatenlebens auf diese Mängel immer nur mit einer gewissen Verachtung gesehen; denn ich halte es für unwürdig, denjenigen, der durch seine Lage ohnehin der Schwächere ist, irgendwie zu ver Gewaltigen.“

Man darf annehmen, daß diese kräftigen Worte vielleicht doch etwas mehr Beachtung finden, als die Fülle von Erlässen, die vielfach vielleicht kaum aufmerksam gelesen, jedenfalls nicht so befolgt wurden, wie man das hätte erwarten müssen.

### Verpflegung.

In den ersten Monaten des Krieges waren Klagen über die Verpflegung selten. Soweit sie sich darauf bezogen, daß der kämpfenden Truppe öfter die Verpflegung nicht rechtzeitig zugeführt werden konnte, hing das mit Umständen zusammen, die sich nicht ändern ließen. Im allgemeinen konnte damals noch aus dem vollen geschöpft werden; dazu kamen die Liebesgabenpakete aus der Heimat, die allerdings nicht immer in den Besitz derer gekommen sind, für die sie bestimmt waren. Im zweiten Jahre waren die Klagen schon zahlreicher und bedenklicher. Sie gingen im allgemeinen dahin, daß die Soldaten vielfach knapp gehalten werden, während die Offiziere einen guten Tag leben. Dagegen anzutämpfen war Pflicht, denn die Kriegsverpflegungsvorschrift kennt nur die gleiche Verpflegung für Mann und Offizier. Daran hätte man vom ersten Tage an festhalten müssen. Wenn der Krieg vorbei ist, wird über dieses Kapitel manches zu sagen sein, was heute aus naheliegenden Gründen unterbleiben muß. Besonders häuften sich die Klagen über mangelnde Verpflegung in der Heimat. Die Sozialdemokraten beantragten deshalb schon im August 1915 und dann wieder im Dezember 1915, das Besoldigungsgeld für alle Mannschaften und Unteroffiziere auf 1,20 Mk. zu erhöhen. Damit waren natürlich die von der Truppe selbst verpflegten Unteroffiziere und Mannschaften gemeint. Die Anträge wurden angenommen.

Die auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften und Unteroffiziere erhielten seit 25. September 1915 ein Besoldigungsgeld von 1,50 Mk. pro Tag, eine Summe, die namentlich in den Großstädten und bei der fortgesetzten Teuerung auch nicht entfernt mehr ausreichen, die Kosten des Lebensunterhalts zu bestreiten. Im Oktober 1916 beantragten die Sozialdemokraten:

„das Besoldigungsgeld der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften auf 2,50 Mk. pro Tag festzusetzen.“

Der Antrag wurde abgelehnt, dafür aber folgende Resolution angenommen:

„den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, das Besoldigungsgeld der aus dienstlichen Gründen auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften entsprechend den verteuerten Lebensmitteln zu gestalten.“

Das Besoldigungsgeld ist dann für Selbstverpfleger auf 2 Mk. pro Tag festgesetzt worden, mit der Maßgabe, daß auch die Urlauber — mit Ausnahme der Sonntagsurlauber und der zu Zwecken des Erwerbs im eigenen Betriebe beurlaubten Mannschaften — Anspruch auf dieses Besoldigungsgeld haben, das ihnen bei Antritt des Urlaubs ausbezahlt ist. Die Klagen über nicht ausreichende Verpflegung mehrten sich, weshalb die Sozialdemokraten im März 1916 beantragten:

„Schnelligst in Erwägungen darüber einzutreten, wie die Verpflegungsverhältnisse der Truppen gleichmäßig gut gestaltet werden können. An Stelle des Brotgeldes soll den Mannschaften grundsätzlich die in der Verpflegungsvorschrift festgesetzte Brotration geliefert werden.“

Der letzte Satz des Antrags hatte eine ganz besondere Bedeutung. Bei vielen Truppenteilen ging man nämlich dazu über, den Mannschaften weniger Brot und ihnen dafür für nichtgelieferte 500 Gramm Brot zehn Pfennig Entschädigung zu geben. Bei den stark in die Höhe gegangenen Brotpreisen waren diese zehn Pfennig natürlich keine ausreichende Entschädigung, ganz abgesehen davon, daß die Soldaten, mangels Brotarten, gar nicht in der Lage waren, sich Brot kaufen zu können. Wir forderten, daß den Soldaten — soweit sie nicht außer Verpflegung stehen — das Brot grundsätzlich zu liefern ist. Der Antrag wurde abgelehnt.

Schließlich kamen noch neue Klagen, besonders darüber, daß die Kontrolle der Mannschaftenverpflegung wenig oder gar nicht geübt wird und daß sehr häufig die Unteroffiziere eine besondere Küche führen, in die nicht der schlechteste Teil der vom Magazin gelieferten Lebensmitteln wandert. Das gab den Anlaß, im Oktober 1916 folgenden Antrag zu stellen:

„für den Erfolg und die Durchführung von Vorschriften sorgen zu wollen, durch welche die besonderen Küchen für Unteroffiziere verboten werden.“

In jeder Kompagnie ist den Mannschaften täglich durch Anschlag mitzuteilen, welche Rationen ihnen jeweils zustehen. Für jede Kompagnie, Eskadron oder Batterie ist eine Menagekommission einzusetzen, in der auch die Mannschaften vertreten sind. Die Kommissionen haben allwöchentlich unter dem Vorsitz eines Offiziers zusammenzutreten und Fragen der Verpflegung zu besprechen.“

Auch dieser Antrag fand eine Mehrheit.

D. Stücken, M. d. R.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

## Kriegswirtschaftliches

### Saatkartoffeln

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ließ die Zufuhr an Saatkartoffeln nach der Reichshauptstadt in letzter Zeit viel zu wünschen übrig. Alle vorhandenen Kartoffeln wurden als „Saatkartoffeln“ zu höheren Preisen gehandelt, was zur Folge haben mußte, daß die Zufuhr von Speisekartoffeln fast ganz ins Stocken kam. In einer Polemik gegen die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, die diese Tatsache entschieden bestritt, führt der „Vorwärts“ unter anderem aus: „Ist der „Deutschen Tageszeitung“ nicht bekannt, daß westliche und sächsische Kommunalverbände noch im letzten Drittel des Mai von den Kommissionären in den östlichen Provinzen Offerten auf „Saatkartoffeln“ einforderten, wobei sie gleichzeitig mitteilten, daß sie 1 Mt. für den Zentner Provision zu zahlen bereit wären? Daß bei solchen Angeboten dem Speisekartoffelverband hinreichende Mengen nicht zur Verfügung stehen, liegt auf der Hand. Denn wenn Landwirte ihre Kartoffeln zu dem höheren Preise als „Saatkartoffeln“ verkaufen können, die Kommissionäre überdies noch eine besondere Gebühr von 1 Mt. für den Zentner erhalten, werden eben vorzugsweise „Saatkartoffeln“ und nicht Speisekartoffeln zum Versand gebracht.“

### Steigerung der Güterpreise

Ein Herr Krieg in Liegnitz in Westpreußen hat von Frau Schwarz das Gut Klein-Marwitz für 500 Mt. den Morgen und vom Besitzer Lohe das Gut Hirschfeld in Größe von etwa 1200 Morgen für 790 000 Mt. gekauft. Lohe kaufte das Gut kurz vor dem Kriege für 650 000 Mt. Der Preis ist also in knapp drei Jahren um nicht weniger als 140 000 Mt. oder fast 25 Prozent gestiegen!

### Verurteilte Posener Getreideschieber

Die Posener Strafkammer beschäftigte sich wiederum mehrere Tage mit einem großen Getreideschieberprozeß. Es erhielten Kaufmann Gosewicz 18 Monate Gefängnis und 50 000 Mt. Geldstrafe, Frau Gosewicz einen Monat Gefängnis, Kaufmann Schimlat zwei Monate und zwei Wochen Gefängnis und 23 000 Mt. Geldstrafe, Gutspächter Roth 8800 Mark Geldstrafe und Rittergutsbesitzer v. Szcepkowski 11 000 Mt. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden zu kleineren Geldstrafen verurteilt oder freigesprochen.

— Ein Freund des Roten Kreuzes. Aus Düsseldorf wird der „Bos. Ztg.“ gemeldet: Kommerzienrat Hermann Schöndorff, gegen den, wie berichtet, ein Strafverfahren wegen Kriegswunders eingeleitet worden ist, ist trotz der hohen Sicherheitsleistung von 2 Millionen Mark auf Anordnung des Oberlandesgerichts Düsseldorf wieder in Haft genommen worden. Das Verfahren gründet sich auf folgenden Vorgang: Dem Beitzverein vom Roten Kreuz, zu dessen Vorstandsmittgliedern Schöndorff gehört, wurden durch die Aktiengesellschaft Gebrüder Schöndorff holländische Zigarren geliefert. Es handelt sich um eine Lieferung im Wert von etwa 300 000 Mark. Hierbei soll die Aktiengesellschaft Schöndorff, vertreten durch Kommerzienrat Hermann Schöndorff, einen übermäßigen, mit den Kriegswirtschaftsgeheimen im Widerspruch stehenden Gewinn in Höhe von 30 bis 40 v. H. erzielt haben. Schöndorff behauptet dagegen, der Gesamtgewinn betrage etwa 19 v. H. und gehe über das handelsübliche Maß nicht hinaus. Wie die „Bos. Ztg.“ hierzu hört, hat ein von der Handelskammer ernannter Sachverständiger einen Gesamtgewinn von 24 bis 25 v. H. im Zigarren Großhandel als in Friedenszeiten angemessen, unter den schwierigsten Verhältnissen des Krieges aber als ebenso zulässig (!) bezeichnet. In das Verfahren ist noch der Spekteur Daniel, der an der Zigarrenlieferung beteiligt ist, verwickelt.

## Nach dem Kriege.

Von Thilo Rieker.

Stille Wege möcht' ich wieder gehn,  
Wege, über denen Sterne blinken,  
Die von all dem Elend nichts gesehen,  
Darin die halbe Menschheit soll verfluchen.

Eine Sonne möcht' ich wieder sehen,  
Zu der nie der Blutdurst aufsteigen;  
Die niemand — erfüllt von tiefstem Gram —  
Sich verschmähend wunde Krieger legen.

Glodenklänge möcht' ich tief und voll  
Hören über Berge, Täler schallen,  
Ohne Wehmutslage, ohne Groll —  
Jedem einzigen zum Wohlgefallen.

Und mein Herze, das im Kampf und Streit  
Wurde hart bei manchem Schredensbilde,  
Soll fortan für diese Erdenzeit  
Nachsicht üben — duldjam sein und milde . . .

Aus dem zweiten Mai-Fest des Türners  
(Stuttgart, Greiner u. Pfeiffer).

## Friedenswehen

Es sind nun bald 4 Jahre — erst 4 Jahre, aber sind sie nicht wie 40? — seit einer Septemberwoche in Jena, da der deutsche Parteitag zum erstenmal seit dem Kriege wieder vereinigt. Und wenn auch noch in diesem Sommer ein Parteitag wieder zusammenzutreten wird — wir haben die Spaltung.

Aber an diesem Abend, nach des Tages Last und Mühe, war es auf dem neutralsten Boden der Hauptstadt dieses neutralen Landes, für kurze Stunden doch wieder so wie einst.

Da saß mit Angehörigen der Zentralmächte, mit Schweizern und Holländern auch der schlanke, lebhaft Mann an einem Tische, der mit jedem in seiner Muttersprache reden kann: der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, Camille Huysmans, Mitglied des belgischen Abgeordnetenhauses.

Es war keine offizielle Sitzung. Im beiderseitigen Interesse mag auch betont sein, daß weder deutsche Delegierte dabei waren, noch daß es der Belgier Huysmans war, mit dem da Leute aus Berlin zusammen saßen, sondern es waren Sozialisten, zwar mit einer Meinung, jedoch ohne Amt, und es war der internationale Sekretär aus dem Haag, wohin er seinerzeit aus dem besetzten Heimatland übersiedeln konnte.

So wird denn auch der ferne Krieg und besonders das Kapitel Belgien nur gestreift, und das Hauptthema ist, wie einst, der lebende Sozialismus hüben und drüben. Immerhin, ganz unbesprochen können die Schicksale des Landes zwischen Ostende und Herbesthal nicht bleiben, und es prägt sich dem Gedächtnis ein, wie dieser belgische Deputierte der Humanität und dem gerechten Sinne des verstorbenen Generals v. Bissing offen Anerkennung zuteil werden läßt. Freilich geschieht das, im Gegensatz zu Beschwerden, die er über andere Persönlichkeiten der deutschen Verwaltung hat. Aber wenn wir Deutsche aus Maßuren und aus demjenigen Elsaßstreifen, die kurze Zeit in französischer Hand waren, unter uns hätten, oder Landsleute aus den afrikanischen Kolonien des Reiches, so wäre bald bewiesen, daß Härte und Schroffheit — um von weit ärgeren Dingen nicht zu reden — internationales Zubehör zum Kriege sind. So wenig wie diesen, haben wir jene zu verantworten.

Viel erfreulicher ist es für uns, zu hören, daß mitten im Völkerkrieg noch genug Fühlung unter den sozialistischen Parteien bestehen blieb, um dank der Vermittlung des Bureaus mancherlei zur Besserung der Lage kriegsgefangener oder sonst

in feindliche Gewalt geratener Vorkämpfer und Vorarbeiter der Bewegung zu erreichen.

Otto Bauer, der Fraktionssekretär unseres Wiener Reichsratsklubs, der Leiter des „Kampf“, der nach junge Meister logischer Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus zur praktischen Politik, sieht als Leutnant nun schon jahrelang in Sibirien gefangen. Der rastlos Tätige gab jenseits des Baikalsees eine Zeitung für die Kriegsgefangenen heraus. Ein Blockhaus in Transbaikaliens Eiswüsten ist wohl die Arbeitsstätte des Mannes gewesen, der in den letzten Sitzungen des internationalen Bureaus vor dem Kriege rasch die Beachtung der Mitglieder errungen hatte. Jetzt ist er dank dem Einschreiten des internationalen Bureaus bei der Revolutionsregierung in Petersburg zum Bibliothekar an einer wissenschaftlichen Bücherei im Osten bestellt, und Huysmans kündigt sogar das Kommen Otto Bauers nach Stockholm an: „Da werden wir ein schönes Fest haben.“

Auch diesseits der Fronten war Ähnliches möglich, so zugunsten kriegsgefangener serbischer Sozialisten.

Während wir all das hören und der Beschäftigte der Internationale in fester Gewissheit die baldige Ankunft der Franzosen und Engländer in Stockholm voraussagt, ist Mitternacht herangekommen. Morgen früh gehen die offiziellen Verhandlungen weiter. Als wir auf die Straße treten, empfängt uns fast Tageshelle. So fest umrissen die Paläste sind, in der dünnen Luft haben sie ihre Massigkeit und Schwere verloren, und nur ihr Linien zeichnen sich in den Himmel. Still liegen die Schiffe im Hafen. Keine Straßenlaterne brennt, aber man könnte zur Not im Freien lesen. Im hellen Lichte der weißen Nächte liegt die Stadt auf Hügeln am Fjord.

Aus dem Osten kommt das Licht — wird aus dem Norden die Klarheit kommen, in der die Welt den Weg zum Frieden findet? —

# Danziger Nachrichten

7000 Leser im Jahre.

Die unantastbar bei der Expedition fest abmontiert haben, hat die „Danziger Volkszeitung“ am 6. Juni erreicht gehabt. Im Februar 1916 waren es 3000, im Juli 1916 8000, im November 1916 4000, im März 1917 5000, im Mai 1917 6000 und im Juni 1917 7000. Die Gewinnung des letzten Tausend neuer Abonnenten hat also kaum vier Wochen gedauert. So zeigt sich klar, daß die sozialistischen „Rollen“ dort stehen, wo offen und ehrlich wirklich proletarische Politik der Verleibung des Vaterlandes und seiner Kultur vertreten wird. Sie sind nicht bei jenen, die des sozialistischen Geistes nie voll waren und bestenfalls nur oppositionelle Verärgerung kennen. Unsere Freunde müssen das vorzügliche Beispiel als Beispiel nehmen und mit aller Kraft dahin arbeiten, daß sie die gleichen Erfolge aufweisen können. Auch Breslau liegt im Osten und wir dürfen uns von den dortigen Genossen nicht an Enghät und Latkraft bekümmern lassen. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

**Strafausschub, Straffreiheit für Jahnenschlichte.** Im „Armeeverordnungsblatt“ vom 2. Juni wird den während des Krieges Jahnenschlichte Gewordenen — abgesehen von den Ueberläufern zum Feinde — im Falle der Rückkehr nach Durchführung des gerichtlichen Verfahrens, wobei von der Anordnung der Untersuchungshaft grundsätzlich abgesehen wird, Strafausschub mit Rücksicht auf Begnadigung zugesichert, falls sie sich einer solchen im weiteren Verlauf des Krieges durch ihr Verhalten würdig erweisen. Voraussetzung ist, daß sie ungeschädigt, spätestens aber bis 15. Juni 1917, noch während des jetzigen Krieges zurückkehren und sich bei der nächsten zu erreichenden Grenzstelle zum Dienst melden. — Gleiche Erlasse sind auch für Bayern, Sachsen und Württemberg getroffen, auch im „Marineverordnungsblatt“ wie im „Reichs-Kolonialblatt“ veröffentlicht worden.

**Falsche Gerüchte.** Amtlich wird berichtet: Wie im vergangenen Jahre, so ist auch in diesem wiederum das Gerücht aufgetaucht, daß unsere Gegner in den Sommermonaten Märschzüge größten Umfangs gegen alle Teile Deutschlands unternehmen würden, um das reisende Volk auf dem Felde durch Brandbomben zu vernichten. Das Gerücht stammt nachgewiesenermaßen aus dem Lager unserer Feinde und hat einzig den Zweck, im deutschen Volk Beunruhigung zu erregen. Zu einer solchen Beunruhigung liegt nicht der geringste Grund vor. Es ist unmöglich, reisende Getreidefelder durch Bomben oder ähnliche Brandmittel vom Flugzeug aus in Brand zu setzen. Wir könnten nur wünschen, daß unsere Gegner zu solchen aussichtslosen Versuchen schritten. Sie würden schwere Einbuße an Flugzeugen dabei erleiden, ohne unserer Brotfrucht Schaden zufügen zu können.

## Mittelalterliche Justiz

Die bürgerliche Presse bringt die Nachricht, daß der frühere Gehilfe des Scharfrichters Schwitz, Paul Spaete, als neuer preussischer Scharfrichter bestellt worden ist. Seine erste Hinrichtung, eine Doppelhinrichtung, vollzog er in Danzig an zwei polnischen Arbeitern, die in der Nähe von Braust eine Frau ermordet hatten. Spaete ist gleich seinem Vorgänger aus dem Reichsberuf hervorgegangen.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich um keine Lehnungsart aus dem Jahre 1517, sondern um 1917 handelt. Die Todesstrafe ist eine längst überlebte Justizform, die sich aus dem grausamen Mittelalter leider noch bis ins zwanzigste Jahrhundert erhalten hat. Nach dem Kriege von 1870/71 fasste der Deutsche Reichstag den Beschluß, daß die Todesstrafe im neuen Deutschen Reich nicht mehr bestehen sollte. Leider scheiterte dieser Beschluß, der ein wichtiger Kulturfortschritt, an dem Widerstande Bismarcks. Auch jetzt ist im Reichstag eine Mehrheit für die Abschaffung dieser Grausamkeit vorhanden, da sowohl die Sozialdemokratie als auch das Zentrum die Abschaffung der Todesstrafe fordern. Hoffentlich fasst der Reichstag bei der kommenden Neuordnung einen entsprechenden Beschluß, der dann nicht mehr an irgend einem Widerstande scheitern darf.

## Elektrische Straßenbahn

Unbekannt hätten sich die Unfälle, die durch die elektrische Straßenbahn verursacht werden. So ereignete sich vor wenigen Tagen wieder ein schwerer Unglücksfall auf der Niederstadt. Am 4. Juni wurde in der Kaiserstraße einer 33jährigen Dame das linke Bein abgefahren. Hier durchfuhr der Wagen mit rollender Geschwindigkeit die Straße. Die Abinger Zeitung brachte kürzlich die Nachricht, daß in der Danziger Kantatenhäuser eine größere Anzahl Verletzungen durch die Straßenbahn mehr oder minder schwer verlegt worden sind! Es ist also kein Wunder, wenn in der Danziger Bevölkerung sich eine lebhafte Unruhe über diese gemeingefährlichen Verhältnisse bemerkbar macht. Es ist dringend zu wünschen, daß seitens der Stadterwaltung und dem neu gewählten Straßenbahnausschuß der Stadterverordnetenversammlung diesen unheilbaren Zuständen ein Ende gemacht wird. Der städtische Beigeordnete muß gefordert werden, damit die Straßbahn nicht erloschen gebracht werden dürfen.

## Behördliche Störer des Burgfriedens

In unserer letzten Nummer hatten wir in Aussicht gestellt, auf das nach Schluß der Redaktion an uns gelangte Eingeklämmt des Landesverwalters Schrift v. Bülow in dieser Nummer Stellung zu nehmen. Dies ist uns leider von mitschriftlicher Seite unterlagert worden.

## Freimüthiges Doppelspiel

namt die konstante „Allgemeine Zeitung“ — recht bürgerlich — das Verhalten der Freimüthigen in der Wahlrechtsfrage. Wie dieser Charakterisierung hat das genannte Blatt nicht unrecht. Betreffend verlangen die Freimüthigen für Freigabe des allgemeinen, gleich, gebundene Wahlrecht. Diese Forderung haben sie auch kürzlich wieder auf ihrem preussischen Parteitag gestellt. Die Frage des gleichen Wahl-

rechts für die Kommunen wurde jedoch einer Kommissionsarbeit näherem Studium überlassen. Das bedeutet natürlich, daß die Freimüthigen sich um eine klare Stellungnahme in dieser Frage drücken wollen. Sie fürchten bei einem gleichem Wahlrecht in den Kommunen den steigenden Einfluß der Sozialdemokratie. Selbstverständlich machte der Vertreter des Danziger Freisinn, der Abgeordnete Dr. Herrmann, gegen dieses unehrliche Doppelspiel nicht Front! Das paßt auch zu den Taten seiner Bestimmungsfreunde im hiesigen Magistrat, der bei den Stadterverordnetenwahlen durch eine höchst ungerechte Bezirkseinteilung die Wahl von Sozialdemokraten zu verhindern wußte.

**Wohnungsfrage für kinderreiche Familien.** Die städtische Sparkasse in Danzig hat im verflochtenen Jahre einen Ueberfluß von 380 000 Mk. abgeworfen. Davon sollen 210 000 Mk. dem Rücklagenkapital zugeführt werden; der Rest von 170 000 Mk. aber zur Schaffung von Wohnungen für kinderreiche Arbeiterfamilien verwendet werden.

## Vom 6. Juni an täglich 1,50 Mark Kriegswochengeld

Die neue Verordnung des Bundesrats über das höhere Wochengeld ist im Reichsgesetzblatt unterm 6. Juni veröffentlicht worden. Da diese Verordnung in Kraft tritt am Tage, wo sie verkündet wird, ist also das höhere Wochengeld von täglich 1,50 Mark vom 6. Juni 1917 an zu zahlen.

Das höhere Wochengeld muß im ganzen Deutschen Reich gezahlt werden, in Stadt und Land, in der größten Stadt wie im kleinsten Dorfe. Die 1,50 Mark täglich gelten allerdings nur für Wöchnerinnen von Eingezogenen, ganz gleich, ob sie verheiratet oder ledig sind. Für Wöchnerinnen, deren Männer nicht eingezogen sind, gelten die 1,50 Mark nicht. Sie erhalten ja überhaupt nur dann Wochenhilfe, wenn sie selbst einer Krankenkasse angehören, und die Höhe des täglichen Wochengeldes richtet sich nach den Satzungen der Kasse.

Ein Beispiel: hat eine Kriegerfrau am 15. Mai 1917 entbunden, so bekommt sie bis zum 5. Juni täglich 1 Mark Wochengeld, vom 6. Juni an müssen ihr aber täglich 1,50 Mark gezahlt werden.

Es ist wohl zu erwarten, daß alle Krankenkassen und Lieferungsverbände von der neuen Wochengeldordnung sofort unterrichtet werden, damit auch alle Krieger-Wöchnerinnen pünktlich das höhere Wochengeld erhalten. Es tut ihnen not!

## Das gesunde Barfußgehen

hat nach der Aufforderung des stellvertretenden Generalkommandos überall stark zugenommen. Schüler und Schülerinnen in Volksschulen, Gymnasien und Lyzeen sind stolz darauf, sich so an der Erspargung eines wichtigen Rohmaterials beteiligen zu können. Dazu kommt noch, daß das Barfußgehen außerordentlich gesund ist. Nur ein kleiner Teil von Schülern hängt noch an dem grundfalschen Vorurteil, bloße Füße anstößig oder unvornehm zu finden. Von denen, die sich schämen, weil sie zu häßliche Füße haben, um sie unbedeckt zu zeigen, soll nicht geredet werden. Aus verschiedenen Städten wird berichtet, daß angelebene Bürgerkette, Personen, die den höheren Gesellschaftskreisen angehören, ihren Stolz darin setzen, Spaziergänge, soweit es die Wege gestatten, bloßen Fußes zurückzulegen. Es ist erfreulich, wie sehr die Freude an der freien Natur, an Wanderungen und anderen unerfährlichen Genüssen natürlicher Freiheit gewachsen ist. Wie hübsch sehen unsere von der Sonne gebräunten Mädchen gegen die frühere blasse Kränklichkeit aus, die nur die Schwäche des Körpers und Geistes bezeugte. Genau so selbstverständlich wie heute eine gesunde gebräunte Hautfarbe als schön gilt, muß das Barfußgehen allgemeine Ueberszeugung werden. Warum soll sich denn ein reizendes Füßchen in einem harten Lederpanzer oder anderer Einschmürung verstimmen lassen? Hinzu kommt, daß der menschliche Fuß das kunstvollste und dabei am stärksten belastete Organ des Körpers ist. Erst in ungezwungener Freiheit kann er seine Schönheit und Elastizität voll entwickeln. Es wird gewiß nicht lange dauern und jeder Schuhträger und noch mehr jede Schuhträgerin legt sich dem Verdacht aus, den Fuß aus bestimmten Gründen verbergen zu müssen! Darum lieber im Interesse von Gesundheit und Schönheit rechtzeitig vorbeugen.

## Jur Mietssteigerung

Der Kommandantur gehen Anfragen zu, wie sich ihre Verordnung vom 29. Mai d. J. betr. Erhöhung des Mietzinses zu der Bestimmung des Kohlensteuer-Gesetzes vom 8. April 1917 verhält, nach der die Vermieter, die ihren Mietern Heizung pp. zu liefern verpflichtet sind, berechtigt sind, einen Zuschlag zum Preise zu verlangen, welcher der durch die Kohlensteuer verursachten Erhöhung der Bezugskosten entspricht.

Die Verordnung der Kommandantur hat diese Bestimmung nicht aufgehoben, es darf aber auf Grund des Kohlensteuergesetzes nur der Zuschlag erhoben werden, der den tatsächlich gehaltenen Mehrausgaben entspricht. Die Höhe des Zuschlages wird daher nur in Ausnahmefällen vorher berechnet werden können, da der Vermieter in der Regel nicht in der Lage ist vorher zu wissen, welche Kohlenmenge ihm geliefert werden wird und er daher keine Rechenposten nicht berechnen kann.

## Die Fleischversorgung

der Danziger Bevölkerung ist in den letzten Wochen sehr unregelmäßig geworden. Die Fleischmenge, die bei der Kürzung der Brotration im April in Aussicht gestellt wurde, wird zum größten Teil nicht regelmäßig gewährt. Der Magistrat erklärt, daß er an diesem Verlegen keine Schuld trage, weil er vom weitpreussischen Viehhandelsverband nicht mehr Schlachtvieh geliefert erhält. Aus diesem Grunde ist die vor einigen Monaten gesammelte Reserve an Bauernwaren schon in größtem Maße in Anspruch genommen. Selbstverständlich kann durch diese Maßnahme die regelmäßige Lieferung der im April versprochenen Fleischrationen nicht gewährleistet werden. Es ist deshalb dringend notwendig, daß der Magistrat für die ausfallende Fleischmenge reichlichen Ersatz an anderen Nahrungsmitteln beschafft.

## Hebung der Backkunst

Ein Danziger Bäckermeister schreibt uns auf die magisterliche Neuhering in der bürgerlichen Presse über mangelnde Backkunst bei Herstellung von Brot:

„Soeben kommt mir ein Sitzungsbericht des Ausschusses der Preisprüfungsstelle für Backwaren zu Gesicht. Der Ausschuss hat festgestellt, daß in Danzig ein zum Teil recht mangelhaftes Brot gebacken wird. Den dazu führenden Hauptfaktor hat er richtig erkannt und festgestellt, daß Berliner Brot bedeutend besser ist als Brot in Danzig; also, der Hauptfaktor liegt in der Brotherstellung bezw. Backkunst! Jeder Sachverständige wird dem beipflichten müssen, doch wird es den Danziger Bäckermeistern sehr wenig angenehm sein, daß man etw. von ihnen nach Berlin in die Lehre schicken will. Voraussetzlich werden sie diesen nachgeradezeiten Rat ablehnen und wird der Ausschuss der Preisprüfungsstelle für Backwaren wieder vor demselben Räffel stehen wie vorher. (Wir können dazu mitteilen, daß die Danziger Bäckermeister den Rat befolgen und zwei Kollegen nach Berlin senden werden. Re. b. Volksw.)

Ich bin in der Lage, auch ohne das Resultat der Berliner Reise abzuwarten, einige Aufklärung zu geben. Eine Statistik über die in den Danziger Bäckereien beschäftigten Arbeitskräfte weist nach, daß im Stadtbezirk 61 Bäckergesellen, 151 Lehrlinge, 1 Hilfsarbeiter, 4 Hilfsarbeiterinnen und 10 bis 12 Russen beschäftigt werden. Von den 95 durch diese Statistik erfaßten Betrieben beschäftigte 51 Bäckereien 105 Lehrlinge und keinen Gesellen. Vielleicht gibt es Leute, die der falschen Ansicht sind, daß Lehrlinge in der Backkunst weiter vorgeschritten sind als Gesellen, oder unter Aufsicht des Meisters mindestens ebenso viel leisten können. Ich will diese Ansicht dem Urteil derer überlassen, die sich in dieser Angelegenheit zu befassen haben. Aber sozial steht fest, daß die Berliner Reise keine Besserung des Danziger Brotes bringen wird. Hier können nur tüchtige, geschulte Kräfte ruhbringend helfen, die in Danzig genügend zu haben, aber bestimmten Meistern zuzurechnen sind. Bedenke sich alle Meister zur Einstellung wenigstens eines Gesellen nicht bereit finden, wird es auch kein besseres Brot in Danzig geben, selbst wenn ein Duzend Bäckermeister nach Berlin reisen würden. Die Aufsicht des Meisters kann wohl etwas helfen, aber ich kann aus eigener Erfahrung versichern, daß sie meistens viel zu wünschen übrig läßt. In den Friedenszeiten sehr verschieden waren, was zum Teil an der Güte des Mehles, aber auch an der Backkunst liegt. Die Ausbeute vor dem Kriege war so, daß man von 100 Gramm halbwegs gutem Mehl 150 Gramm Teig und 135 Gramm Brotergebnis. Je nach Güte des Mehles verschob sich dies Verhältnis etwas. Es ist kaum anzunehmen, daß sich bei dem heutigen weniger guten Mehl eine größere Brotmenge erzielen läßt. Ein Ergebnis von 118 Gramm Brot ist allerdings sehr gering. Dies dürfte der mangelnden Backkunst zuzuschreiben sein.“

Wir können uns dem nur anschließen. Sollte die Statistik richtig sein, woran wir zu zweifeln keine Veranlassung haben, so möchten wir die maßgebende Stelle auf sie aufmerksam machen und sie ersuchen, sich die 51 Bäckereien, die keinen Gesellen beschäftigen, etwas näher anzusehen. Es wäre wirklich an der Zeit, den vor einiger Zeit von uns angeregten Gedanken der Schaffung leistungsfähiger kommunaler Bäckereien schleunigst näherzutreten. Nur dadurch könnte das Grundübel radikal beseitigt werden.

## Einmachezucker

Die Verteilung des Einmachezuckers wird in nächster Zeit erfolgen. Die Art der Verteilung im letzten Jahre hat sich nicht bewährt. Es sind Fälle vorgekommen, wo jemand, der 50 Pfund anmeldete, 5, und wer 200 Pfund haben wollte, 20 Pfund erhielt. Die Verteilungsstelle hatte sich eben die Arbeit des Zuteilens leicht gemacht. Sie lieferte oftmals den 10. Teil der angemeldeten Menge, ohne sich darum zu kümmern, ob die Art dieser Verteilung gerecht oder ungerecht war. Eine Anmeldung zum Bezug von Zucker soll auch diesmal erfolgen. Die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Menge wird sich, wie der Magistrat mitteilt, auf kaum mehr als vier Pfund belaufen. Die Verteilung nach der Kopfzahl ist der regellosen entschieden vorzuziehen.

— Das Einküchenhaus. In Berlin-Friedenau, Wilhelmshöher Straße, besteht ein Einküchenhaus, das nach der Gründung von kleinem Anfang zu einem bedeutenden Unternehmen herangewachsen ist. Hunderte von Mietern werden dort täglich durch die große Zentralküche gespeist und das Essen durch die Speisefahrer in jede Wohnung geführt. Alle Mieter führen einen Hausstand wie jede andere Familie, sind jedoch aller Sorgen des Haushalts entbunden. Die Wohnungen sind reichlich ausgestattet und haben bis zu fünf Zimmer.

\* Die übermäßigen „Kaffeepreise“. Obwohl der Kaffeeertrag bedeutend billiger als echter Kaffee ist, obwohl es zur Tasse Kriegskaffe meistens nur Magermilch oder überhaupt keine Milch und statt Zucker nur noch Süßstoff gibt, sind die Preise für eine Tasse Kaffee in den Gastwirtschaften und Kaffeehäusern meistens sogar noch höher als in Friedenszeiten. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes, die Reichspreisstelle, richtet deshalb jetzt an die Gemeinden und Preisprüfungsstellen, in deren Bezirk bereits Preise für aus Kaffee oder Kaffee-Ertrag hergestellte Getränke in Gastwirtschaften festgesetzt sind, das Erlösen, ihr möglichst umgehend davon Mitteilung zu machen. Einige deutsche Gemeinden haben schon Höchstpreise für eine Tasse Kaffee festgesetzt; in Eisenach z. B. beträgt er 25 Pf.

\* Wer hungert uns aus? Die Antwort auf diese Frage, so schreibt ein Leser der „Rh. Ztg.“, mag sich jeder selbst geben, wenn er sich diese Tatsache vergegenwärtigt: Zitronen, die nicht in Deutschland wachsen, sondern aus unzuverlässigen Neutralen geliefert werden, vielleicht aber auch aus feindlichen Ländern stammen, kosten heute das Stück 15 Pf., das Pfund etwa 60 Pf., Pfeffer, die unzweifelhaft in deutschen Obstgärten gewachsen sind, kosten 2 Mk. bis 4 Mk., das Pfund, also 200 bis 400 Mk., der Zentner, während in Friedenszeiten die besten

Sorten um etwa den zehnten Teil dieser Summe zu haben waren. Daß die ausländischen Zitronen verhältnismäßig noch so billig sind und die deutschen Äpfel so ganz unverschämter, sind auch daran die Engländer schuld?

### Die Kartoffel- und Brotverforgung

Zu dieser Frage schreibt das Kriegs Ernährungsamt: Nachdem die Frühjahrbestellung im wesentlichen beendet ist und erfreulicherweise trotz der immer jähwärtiger werdenden Verhältnisse und des ungewöhnlich späten Frühjahrs wieder zu einer reiflichen Bestellung des deutschen Aders geführt hat, läßt sich der nach Abzug der Saat verbliebene Stand an Bodenerzeugnissen der alten Ernte genauer als bisher übersehen. Die dieser Tage stattgehobenen Beratungen über die Getreideeinfuhr aus Rumänien haben auch über die in dieser Hinsicht bestehenden Ausichten die früher fehlende Klarheit geschaffen. Danach ist entgegen den bisher von manchen Seiten gehegten Befürchtungen die Möglichkeit gesichert, die derzeitige Brotration bis zur neuen Ernte unverkürzt zu lassen.

An Speisestoffen sind zur Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung mit 5 Pfund wöchentlich bis gegen Mitte Juli, wo auf ein volles Einsetzen der neuen Frühkartoffeln zu hoffen ist, noch etwa 12 Millionen Zentner nötig. Nach den im Frühjahr aufgestellten Berechnungen war mit Bestimmtheit zu erwarten, daß diese Menge vorhanden sein würde. Der schwere, im Osten bis in den April hinein dauernde Frost hat aber mehr Schaden hervorgerufen, als man nach den zunächst eingehenden Berichten erwarten mußte. In vielen Bezirken ist die Fäulnis der Kartoffeln infolge der Frostschäden des Winters in den letzten Wochen sehr groß gewesen. Infolgedessen hat schon bisher die 5-Pfundration in manchen Orten nicht aufrecht erhalten werden können (wie in Danzig), und es hat Mehlertrag geliefert werden müssen. Mit dem weiteren Schwanden des Restes der alten Vorräte wird die Aufrechterhaltung der bisherigen Kartoffelration auch in den übrigen Bezirken vielfach nicht mehr möglich sein. An dem Grundfah, daß für fehlende Kartoffeln Mehl oder Brot zu liefern ist, wird festgehalten werden, die Lage der Brotgetreidebestände macht es aber nötig, die Erfahmenge vorsichtig zu bemessen.

### Bestrafter Apfeinwager

Die Obsthändlerin Adele Schreiber hatte im Dezember v. J. den Höchstpreis für Äpfel bedeutend überschritten, indem sie sich für das Pfund Äpfel anstelle des Höchstpreises von 12 und 17 Pf. 40 Pf. bezahllen ließ. Als sie deshalb zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, befahl sie noch die Dreifachheit gegen das Urteil Berufung einzulegen. Dieselbe wurde jedoch in diesen Tagen von der Strafkammer verworfen. Der Staatsanwalt betonte, das schamlose Treiben der Händlerin, die bei der Knappheit an Lebensmitteln im Winter solche Wucherpreise forderte.

Wir haben schon immer die schwerste Bestrafung des schändlichen Bucherhandwerks gefordert. Nur dadurch kann solch gewissenlosen Elementen das Handwerk gelegt werden. Ermahnungen und auch öffentliche Brandmarkung genügen nicht.

### Hohe Obstpreise in Sicht

Bei der Verpachtung der Südkirchenuhng an den Kreisstraßen in Cöthen wurden die Pachtpreise von den zahlreichen Bieter in geradezu unsinniger Weise in die Höhe getrieben, trotz aller Ermahnungen der die Verpachtungen leitenden Beamten. Für die 21 Straßenstrecken wurden insgesamt 17 100 Mk. bezahlt, 8200 Mk. mehr als im vorigen Jahre. Für manche Strecken wurde das Dreifache und noch mehr des vorjährigen Pachtpreises gezahlt, durchschnittlich aber das Doppelte. Nach diesen Vorgängen können sich ja die Verbraucher wieder auf eine gründliche Schröpfung gefaßt machen.

### Bersammlung des Kaninchenzüchtereivereins

Ueber die am 8. Juni stattgefundene Bersammlung wird uns geschrieben:

Nach Regelung der Kassenangelegenheit wurde das Protokoll ohne Aenderung angenommen. Neu aufgenommen wurden 17 Mitglieder. Beschlossen wurde, am 12. und 13. Januar 1918 eine lokale Kaninchenchau zu veranstalten, die im gleichen Umfange, wie die vorjährige Verbandsausstellung gehalten werden sollte. In 3 Abteilungen sollen Kassetiere, Jungtiere und Schlachtzucht bezw. Schlachttiere ausgestellt werden. Der Vortrag des Vorsitzenden Schwantes über die Bedeutung der Kaninchenzucht zur Hebung des Volkswohlstandes wurde beifällig angenommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß Herr Halber-Leipzig die vor dem Kriege eingefandten Felle nunmehr zurückgestellt zurücksenden wird.

### Grundsätze für die Gewährung von Zusatzkarten

Für die Zuteilung von Zusatzkarten für die Schwer- und Schwerstarbeiter wird nach folgenden Grundsätzen verfahren. 1. Für die Gewährung einer Brozuzusatzkarte von durchschnittlich 500 Gram in kommen folgende Personen in Betracht, Industriebeschäftigte, die für Heereszwecke tätig sind, Personen, die mit Nachtarbeit beschäftigt sind, Personen, die in Tag- und Nachtschichten arbeiten und eine Anzahl von Personengruppen, die wir wegen Raummangels nicht einzeln aufzählen können. Nähere Auskunft kann im Arbeitersekretariat eingeholt werden.

2. Für die Gewährung einer Kartoffelzusatzkarte kommen folgende Personen in Betracht: Eisenbahnpersonal, Erd- und Kanalarbeiter, Feilenhauer und Schleifer, Glasarbeiter, Heizer, Kupfer Schmiede, Loh- und Weißgerber, Metzger, Schlosser, Schmiede. Ferner alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Hilfsarbeiter, sofern sie Metalle in warmem Zustande bearbeiten. Aus dem Transportgewerbe haben folgende Personen Anrecht auf Gewährung einer Kartoffelzusatzkarte: Getreide- und Schiffer, Güterarbeiter, Lagerarbeiter, die ständig schwere Lasten zu tragen haben, Kohlenarbeiter, Müllkutscher, Rollkutschler, Rangierer, Bremser und Straßenbahnführer. Bauwesen: Bretterträger, Erdarbeiter, Puzer, Steinarbeiter, Maurer, Steinsetzer, Steinträger und Zimmerer.

3. Eine doppelte Brotkarte erhalten die Arbeiter, sofern sie von der königlichen Regie-

rung als solche anerkannt sind. Anträge hierfür sind an die hiesige Gewerkeinspektion zu richten.

Arbeiterinnen, auf welche die vorstehenden Merkmale zutreffen, sind wie Arbeiter zu behandeln. Freie ausländische Arbeiter stehen Einländern gleich. Die Vorschriften für Kriegsgefangene bleiben unberührt. Wertmeister und sonstige in Industriebetrieben beschäftigten Angestellte und Beamte erhalten die Schwere Arbeiterzulagen nicht. Die Ausgabe der Zusatzkarten darf in jedem Falle nur auf Grund der vorgeschriebenen Arbeitsbescheinigung erfolgen, mittels deren die Gewährung der Zusatzkarten erstmalig beantragt werden muß.

\* Auch die Glaserarbeiten werden teurer. Die Vertreter des Glaserwerkes in Groß-Berlin machen bekannt, daß infolge dauernder Steigerung aller Rohstoffpreise, besonders des Glases, vom 15. Mai ab eine neue Preiserhöhung eintreten mußte. Die jetzigen Preise sind durchschnittlich 100 Prozent höher als die Friedenspreise.

\* Angabe des Absenders auf Auslandsbriefen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es im eigenen Interesse der Absender von Auslandsbriefen liegt, auf den Briefumschlägen deutlich und genau ihre Adresse anzugeben. Dadurch wird, wenn die Briefe beanstandet werden müssen oder unbestellbar sind, die Rücksendung ermöglicht.

\* Heraus mit dem Silbergeld! Die Arbeiten zur Ausprägung von Zinkmünzen nehmen raschen Fortgang, so daß die Herstellung dieses Kleingeldes bald in großem Umfange erfolgen und sofort mit der Einziehung des Silbergeldes zur Umprägung begonnen werden kann. Wer rechtzeitig und ohne Nachteile die Umwechslung seines Bestandes an Silber- und Kleinsmünzen bewirken will, wird gut tun, scheinungstun mit der Abgabe vorzugehen. Nehmt nehmen die öffentlichen Kassen noch jede beliebige Menge an.

## Aus Westpreußen

### Eine notwendige Mahnung

Der Landrat des Kreises Danziger Niederung richtet an die bäuerliche Bevölkerung des Kreises folgende Aufforderung:

Dem Kreise Danziger Niederung ist vom Preussischen Landesamt für Nährmittel und Eier aufgegeben worden, an Eiern pro Jahr 619002 Stück abzuliefern.

Von dieser Menge ist bisher ein verschwindend kleiner Teil zur Ablieferung gelangt, so daß ich den Einwohnern des Kreises nochmals dringend ans Herz legen muß, sämtliche Eier, die irgend in der Wirtschaft entbehrt werden können, zur Ablieferung zu bringen.

Viele auf dem Lande wissen es nur ganz oberflächlich und nur vom Hörensagen, wie die Städter jetzt zu kämpfen haben, die alles kaufen müssen, was sie satt machen soll. Wohl verdienen sie genug, mehr als früher, aber vom Gelde werden sie nicht satt. Auf dem Lande wird schwer gearbeitet, doch in den Städten — in den Fabriken — nicht minder. Dazu nicht nur am Tage, sondern auch die langen Nächte hindurch an den särmenden Maschinen und an den Feueröfen usw. Die frische Landluft fehlt hier den Arbeitern und Arbeiterinnen, und wenn sie abends spät oder nach vollbrachter Nachtschicht morgens in der Frühe den Heimweg antreten, da ist ihre Sorge: „Wie werden wir nun wieder satt? Wie füttern wir uns mit neuer Kraft für morgen, um die Rüstung für unsere Brüder im Felde und die Waffen und Geschosse, mit denen sie sich unserer Feinde erwehren und uns den Sieg erkämpfen sollen, zu verfertigen?“

Beachtet wohl, daß sie auch für eure Söhne und Brüder sorgen! Und wie sollen die nötigen U-Boote gebaut und unterhalten werden, wenn nicht kräftige Arbeiter dazu da sind. Brot haben die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Not, viel anderes leider nicht. Namentlich fehlt es neben dem vielen anderen auch an Eiern. Also gebt alle Eier heraus, die ihr irgend entbehren könnt, möglichst große Mengen Eier müssen beschafft werden.

Es ist im Interesse der Versorgung der großstädtischen Bevölkerung mit diesen wichtigen Lebensmitteln dringend notwendig, daß dem öffentlichen Aufruf des Landrats voll Rechnung getragen wird. Sein Vorgehen zeigt wieder, daß immer noch große Mengen Nahrungsmittel zurückgehalten werden. Das beweisen auch die meist immer erfolgreichen Hamsterfahrten der Städter. Dadurch werden aber nur kleinere Kreise der Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt. Das einzig Richtige wäre, alle auf dem Lande nicht notwendigen Lebensmittel zu beschlagnahmen und sie in gerechter Verteilung der notleidenden Stadtbevölkerung zuzuführen.

### Das Bersammlungsrecht

Im Bereiche des 17. Armee Korps sind seit dem 8. Juni hinsichtlich des Bersammlungsrechts und der Verbreitung von Flugblättern verschärfte Bestimmungen vom Kommandierenden General und den Kommandanten der Festungen Thorn, Graudenz, Danzig, Kulm und Marienburg, erlassen worden. Diese Bestimmungen sind im Inseratenteil unseres Blattes veröffentlicht.

Im Gegensatz zu dieser Verschärfung hat der Stellvertretende Kommandierende General des 20. Armee Korps die Verordnung über die Anzeigepflicht aller Bersammlungen für den Stadtkreis Elbing und das Verbot der Diskussion am 29. Mai aufgehoben, also eine Erleichterung im Bersammlungswesen gewährt.

### Zum Westpreussischen Städtetag

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß uns in dem Bericht über den 23. Westpreussischen Städtetag eine Verwechslung unterlaufen ist. Da besonderer Wert auf ihre Richtigstellung gelegt wird, wollen wir sie gerne vornehmen. Unser Berichterstatter erhob die Genossin Käthe Leu zur technischen Leiterin des Speisehallenbetriebes. Sie hat aber nur eine Abteilung zu verwalten, und zwar die Zentralküche. Technische Leiterin ist Frau Wieblich.

### Baulätigkeit im ersten Vierteljahr 1917 in Danzig und Elbing

An Stelle der bisher jährlich erfolgten Veröffentlichung der Statistik der Baulätigkeit in den größeren Städten läßt jetzt das kaiserliche statistische Amt vierteljährliche treten. Die erste dieser Veröffentlichungen ist soeben erfolgt. Es wurden an die 45 deutschen Großstädte mit mehr als 100 000 und an 46 Städte mit 50 000—100 000 Einwohnern Fragebogen versandt, von denen aber leider nur 33 aus Großstädten und 15 aus Mittel-

städten beantwortet wurden. Aus der Provinz Westpreußen liegen nur Antworten vor aus Danzig und Elbing.

In Danzig waren am 1. Januar 1917 42 387 Wohnungen vorhanden, wobei die Wohnungen der am 1. April 1914 eingemeindeten Vororte nicht eingerechnet sind. Im Laufe des ersten Vierteljahres 1917 sind 4 Wohnungen abgegangen und neu hinzugezogen 9 und zwar eine mit nur einem, 2 mit je 2, 2 mit je 3, 3 mit je 4 und eine mit 6 Wohnräumen, so daß der Wohnungszuwachs nur 5 beträgt. Neu errichtet wurden 5 Gebäude.

Aus Elbing wird nur berichtet, daß dort am 1. Januar 1917 16 846 Wohnungen vorhanden waren und daß im ersten Vierteljahr 1917 7 neue Gebäude errichtet wurden. Alle näheren Angaben fehlen.

Aus allen Antworten geht hervor, daß die private Bautätigkeit überall sehr gering war. Das ist angefaßt der stark einschränkenden Bestimmungen für Bauten aller Art, der gemäßigten Preise für alle Baustoffe und des teilweisen Arbeitermangels ganz natürlich.

### Ein Lehrer als Polizeibeamter

Aus Elbing wird uns geschrieben: Dem Besitzer Winkler aus Weiskalen, Kreis Elbing, wurden am 6. Juni Kammerhaken gestohlen. Am andern Tage fragte der Lehrer in der Schule die Kinder des Arbeiters Gehrmann, wo ihr Vater die Kammerhaken, die er dem Besitzer Winkler gestohlen hat, gelassen habe. Als die Kinder erklärten, von den Kammerhaken nichts zu wissen, meinte er, daß er diese wohl finden würde. Am Nachmittag, als die Gehrmannschen Eheleute nicht zu Hause waren, erschien der Lehrer mit zwei Schülern und ließ in der Wohnung Kleiderschrank, Wäschschrank und Betten durchsuchen. Gehrmann hat gegen den Lehrer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet und ihn wegen Beleidigung verklagt.

Unser Meinung nach handelt es sich hier um keine Amtspflichten des Lehrers. Solche Maßnahmen hätte er den berufenen Polizeiorganen überlassen müssen.

Elbing. Billiges Fleisch und billige Wurst gibt es in Elbing von dieser Woche an. Während die erste Sorte Rindfleisch mit 1,20 und 1 Mk. das Pfund verkauft wird, kostet Kochfleisch vom Vorderriem 60 Pf., Hackfleisch 80 Pf. das Pfund. Kochfleisch vom Bauch, Hals, Dünung wird umsonst abgegeben. Kalb-Bratfleisch erste Sorte kostet 60 Pf., zweite Sorte 20 Pf., Kotelet (zweite Sorte) ebenfalls 20 Pf. das Pfund. Die Preise für Wurst schwanken zwischen 70 Pf. und 1,60 Mk. das Pfund. Die Herabsetzung der Preise ist durch einen staatlichen Sonderzuschuß an die städtische Fleischverorgungsstelle ermöglicht worden. Es handelt sich dabei allerdings um eine vorübergehende Maßnahme, die ihre Wirkung bis Mitte August d. J. ausüben dürfte. Das billige Fleisch gibt es auf die weiße städtische Fleischkarte, die billige Wurst auf die Reichsfleischkarte.

### Junckerliche Erziehungswünsche

In der konservativ-agrarischen Danziger Allgemeine Zeitung beklagt sich eine Dame aus Ostpreußen über die Erfahrungen, die sie mit den Großstadtkindern gemacht haben will. Nach ihrer Meinung könnte man ihnen die Entbehrungen, unter denen die großstädtische Bevölkerung zu leiden hat, nicht ansehen. Sie sehen alle ziemlich frisch aus. Die Suppen, die man ihnen unterwegs dargeboten, hätten sie fortgegessen, da sie nicht nach ihrem Geschmack waren. Die Kinder waren also ziemlich verwöhnt und die meisten hatten etwas Dreistes und Fröhlicheres an sich, was man auf dem Lande nicht kennt und liebt.

Die ländliche „Dame“ muß eigenartige Begriffe von Großstadtkindern haben. Es ist einfach selbstverständlich, daß die Kinder großstädtischer Proletarier aufgeweckter und aufgeschärfter sind, als die Kinder mancher Landleute, deren Gesichtskreis leider kaum über das Gut der „gnädigen“ Herrschaft hinausgeht. Die geistige Regsamkeit der Großstadtkinder zeigt deshalb durchaus nicht von dreistem Charakter. Noch eine tief-schmerzlichere Erfahrung hat die ländliche Dame machen müssen. „Auffällig waren die sehr geringen Kenntnisse der meisten Kinder in Religion.“ Auch das ist eine Tatsache, die wir durchaus nicht bedauern können, der Lehrplan der städtischen Schulen sieht erfreulicherweise seine Aufgabe nicht mehr darin, den Kinder etwas Schreiben, Lesen, Rechnen und viel Religion beizubringen. Eine eigenartige Wirkung hat der Besuch der Stadtkinder auch in der Lebensmittelfrage gehabt. Ein Kind hatte den Eltern mitgeteilt, in welcher reichlichen Maße in seiner Sommerfrische noch Lebensmittel vorhanden waren. Das ist allgemein verständlich, wenn man bedenkt, eine wie schmale Kost die Kinder monatlang zu Hause gehabt haben. Die Eltern des betreffenden Kindes sollen Anzeige erstattet haben und in der bäuerlichen Familie sollen bald darauf die Vorräte an Lebensmitteln beschlagnahmt worden sein. So unzerfrenliche Folgen auch solche Vorkommnisse für das Verhältnis der ländlichen Wirte zu ihren kleinen Gästen haben mögen, so ist hierbei in erster Linie jedoch zu berücksichtigen, daß so etwas eben nur geschehen kann, weil noch immer große Vorräte an Lebensmitteln auf dem Lande zurückgehalten werden! Das Eingekauft beweist aber, welche bedauerlich rückständigen Anschauungen gewisse ländliche Besitzkreise noch haben.

### Urlaubsgefuche zur kommenden Ernte

Der Landrat des Kreises Danziger Höhe macht nochmals bekannt, daß für die kommende Ernte sämtliche Urlaubsanträge entweder schriftlich bei dem Ortsvorsteher zu stellen sind, welcher ein Urlaubsantragsformular in jedem Falle auszufüllen und dieses sofort weiter zu geben hat.

Urlaubsanträge für die Ernte sind sofort zu stellen. Bei allen Gefuchen sind die militärischen Adressen des zu Verlaubenden genau anzugeben.

Stuhm. Seines Amtes als Gemeindevorsteher bis zum Ausgang des Strafverfahrens entbunden ist der Gemeindevorsteher Grönke in Barlewig. Er ist bei der Staatsanwaltschaft in Elbing angezeigt, weil er bei der Bestandsnachprüfung durch die Nachprüfungscommission versucht hat, einen Haufen Hafer zu verheimlichen. Mit ihm angeklagt ist auch sein Sohn, Hofbesitzer Grönke in Barlewig.

# Aus der Partei

## Vertrauensbeschluss für Scheidemann

In Solingen, dem Wahlkreis Scheidemanns, bemühte sich der einst begeisterte Kriegsfreund und jetzt „unabhängige“ Scharfmacher Dittmann den Genossen Scheidemann mit allen Mitteln skrupelloser Demagogie politisch umznäheln zu machen. Vor einigen Tagen fand nun in Solingen eine stark besuchte Parteiverammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Krätzig sprach. Die Versammlung billigte die Kriegspolitik der Sozialdemokratie und beschloss gegen 2 Stimmen folgende Resolution:

„Die heutige besuchte Versammlung erklärt nach dem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Genossen Krätzig, daß sie die vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion im Kriege verfolgte Politik in vollem Umfange billigt, namentlich das Eintreten für einen Verständigungsfrieden, ohne Annexionen und Entschädigungen. Ihrem altbewährten Reichstagsabgeordneten Genossen Scheidemann drückt die Versammlung für seine erfolgversprechende Friedensarbeit ihre volle Anerkennung und ihr rückhaltloses Vertrauen aus.“

## Neuer „unabhängiger“ Klassen-Sieg

Bei der Erntemaschine für den verstorbenen Genossen Holzmeier in Bremen wurde am Montag der Genosse Lagerhalter Ludwig Schlüter mit 238 Stimmen als Bürgerchaftsmitglied gewählt. Der Gegenkandidat, der vorigemalige „unabhängige“ Buchhändler Krammer erhielt gerade 124 Stimmen. Diese wohlverdiente Niederlage ist um so beachtlicher, als Bremen von den Unabhängigen zu ihren sogenannten Hochburgen gerechnet wird. Hier wirkte fast während der ganzen Kriegszeit absolut „revolutionär“ ihr jehiger Reichstagsabgeordneter Herr Krätzig. Hier begann die Beitragsperre und die praktische Spaltung der Sozialdemokratie. Unter den „revolutionären“ Mitteln, mit denen die „unabhängigen“ Wirtsköpfe die Wahl des Sozialdemokraten verhindern wollten, war auch die echt spießbürgerliche Empfehlung, daß der große Revolutionär Krammer schon — lange im Bezirk wohnend! Die Antwort der Wähler hat den Unabhängigen bestätigt, daß sie außerhalb bedeutungsloser Reigen absolut keinen Rückhalt im Volke haben.

## Brandenburgischer Provinzialparteitag

Am 3. Juni tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter aller brandenburgischen sozialdemokratischen Wahlvereine, der Reichstagsabgeordneten und Kandidaten für die nichtsozialdemokratisch vertretenen Wahlkreise der Provinz. Im Anschluß an eine Aussprache über die politischen Tagesfragen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Kreisgeneralsammlung bestätigt die frühere Zustimmung des Provinzialvorstandes der Provinz Brandenburg zur Stellung der Landesregierung in der Frage der Landesverteidigung. Sie erklärt, daß die Bewilligung der Kriegskredite nicht im Widerspruch steht zu dem Programm und den Grundfragen der Partei, den Beschlüssen der Parteitage oder internationalen Kongresse. Die Partei hat es zum Zweck, sich in ihrer Kriegspolitik bewußt an die Seite des vaterländischen Volkes zu stellen. Jede andere Haltung hätte als Parteipolitik zugunsten der kapitalistischen Reaktionen der gegnerischen Länder gewirkt. Die Unversöhnlichkeit bezieht es mit Genugtuung, daß die Partei die von uns nicht anerkannt hat, um Verhandlungen mit den Brüdern der am Kriege beteiligten und neutralen Länder zu erreichen. Die von der Landesregierung des Reiches ein gleichmäßiges Handeln der Arbeiter aller Länder herbeizuführen geeignet waren.“

Die vom Parteivorstand angelegene Tagesordnung für den Parteitag wurde von der Versammlung einstimmig gebilligt.

## Die Sozialdemokratie und die künftigen Kriegskredite

Wieder die Stellung der sozialdemokratischen Fraktionen zu den Kriegskrediten: Die voraussichtlich in der kurzen Sommerpause des Reichstags angefordert werden, sprach sich in der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für den 21. hessischen Reichstagswahlkreis sein Vertreter im Reichstag, Abgeordneter Ernst Geyers ein gehobener Danksager folgendermaßen aus:

„Wahrlich, die deutsche Heere auf fremdem Boden. Aber wie ungeduldig ist dagegen, was England sich in diesem Kriege an Geld schon zusammenrufen. Um diese Beute einzunehmen und das Deutschland wirtschaftlich lahmzulegen, legt es den Geldern mit dem schändlichsten Mittel der Ausbeutung zu. Auch Deutschlands Kassen sollen nach den letzten Erfahrungen erschöpft werden. So besteht ein großer Gegensatz gegen Sozialpolitik nicht, daß England mit der deutschen Heere noch verschuldet solle. Krieg ohne Entschädigung bedeutet, daß auch England seine Eroberungen herausgeben. Weil es sich noch mehr dazu verstehen will, daß es sich seiner Verbündeten die wiederholten deutschen Ansuchen Friedensverhandlungen zu beginnen, strände zurückzuziehen. Deshalb war Deutschland auch bereit, in der Hauptsache England mit dem Reichstag zu treffen, soweit es nur möglich war. Die russische Revolution den baldigen Frieden bringt muß abgelehnt werden. Schumann Holweg hat sich nicht entschlossen, daß auch er zu einem Frieden ohne gewöhnliche Bedingungen bereit sei. Das Friedensministerium liegt bei Frankreich und England, die ihre Eroberungslüste noch nicht abgeben wollen. Deshalb sind, wenn der Reichstag im Juli wieder zusammentritt, auch weitere Kriegskredite zu bewilligen falls sie dahin die Gegner nicht zu einem ehrenvoller Frieden für Deutschland bereit sind.“

Diese Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung.

## Stockholm und Parteipaltung

Der „Vorwärts“ schreibt: In dem kriegsgründenden Königsberger Organ der „Unabhängigen“ sprach Haase eine Versicherung Troelsens — die Winderheiten sollen die Brücke der Verständigung bilden helfen — dazu an den „Sozialparteiern“ festzuhalten, deren Kampf das Ziel geblieben ist.

Haase bemerkte, da die Ausdrücke, er hätte schon „Sozialparteiern“ sagen müssen, da doch der Ausdruck „Sozialparteiern“ von der konsequenten Opposition her im Kriege und keine Freunde darüber werden ist. Darüber hinaus muß sein Verstoß, ein wichtiges Stück des Stockholmer Kampfes in die deutschen Parteiverhältnisse hinein-

zuführen, als durchaus „angebracht“ bezeichnet werden. Troelsens hat sich nie in diese Streitigkeiten eingelassen. Er steht zur deutschen Sozialdemokratie in freundschaftlichem Verhältnis, und der „Vorwärts“ verdankt ihm jenen ausgezeichneten Neujahtsartikel, in dem die Sozialisten ohne Unterbrechung der Richtung zu gemeinsamer Arbeit für den Frieden aufgefordert wurden. In diesem Sinne hat wohl Troelsens auch die Aufforderung an die Winderheiten gerichtet, die Brücke der Verständigung zu bilden, während Haase die Verständigung auf einen kleinen wirkungslosen Kreis von Winderheiten beschränken möchte. Haase schreibt zum Schluß:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, der nach vielen Mühen Pässe gewährt worden sind, wird alles tun, um einer klaren entschiedenen Friedenspolitik den Boden zu bereiten.

Haase vergißt zu bemerken, daß diese Mühen — den Unabhängigen Pässe zu verschaffen — von der sozialdemokratischen Partei reiflich geteilt worden sind. Die sozialdemokratische Partei hat damit gezeigt, daß es für sie Fragen gibt, die ihr wichtiger sind als der Parteistreit, und daß sie vor allem Stockholm zur Stätte ernster Friedensarbeit, nicht aber zum Schauplatz kleinlicher Parteivalitäten machen will.

## „Proletarische“ Volkshandlung

Mehr als je muß gerade jetzt auch jedem Menschen mit dem dürftigsten Gefühl für Aufopferung und Heldentum zum Bewußtsein kommen, was das Weltbringen um die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner Kultur bedeutet. Die wahrscheinlich entscheidenden Kämpfe im Westen müssen jede zühlende Brust erschüttern und jedes Herz höher schlagen lassen. Es ist Dankbarkeit für alle die Männer, die dort ihr Leben opfern für ihr Volk. Für ihr Volk, das in seiner übergroßen Mehrheit aus Proletariern besteht. Und gerade in diesen historischen Schicksalsstagen verfaßt der „unabhängige“ Reichstagsabgeordnete Haase für seine angeblich in Königsberg, tatsächlich aber in Danzig erscheinende „Volkstimme“ einen scheinbar für, tatsächlich aber gegen die Stockholmer Friedensarbeit gerichteten Artikel. Um die christliche Stellung der deutschen Sozialdemokratie in den Augen der ausländischen Genossen zu verdächtigen, wiederholt Haase auch in diesem Augenblick, aber — nur in Zitaten, die, wie gerade er am besten weiß, bodenlos unwahre und zynisch-demagogische Beschuldigung, daß die deutsche Partei im Grunde nur ihre Regierung vertritt. Zur Stütze dieser Verdächtigung muß ihm, wie das bei den „revolutionären“ „unabhängigen“ selbstverständlich ist, ein Zitat aus der bürgerlichen „Baseler Nationalzeitung“ dienen. Diese soll einmal geschrieben haben:

„Die Staatssteuer sie sich gebärdeten — die sozialdemokratischen Mehrheiten —, sie entschlossenere sie hinter ihrer Regierung standen, ihr Gut und Blut bewilligten und Kriegsanleihen propagierten, desto größeres Mißtrauen werden sie bei den radikalen russischen Revolutionären erregen. Denn diese wollen ja mit ihren proletarischen Brüdern unterhandeln, nicht aber mit gewählten diplomatischen Unterhändlern.“

Wenn bürgerliche Blätter die sozialistische Friedensarbeit mit den verzweifeltsten Mitteln skrupelloser Winkelabwägen auseinanderheben möchten, so läßt sich das ja nicht vermeiden. Wie kann aber ein Mann, dem die Worte Volksrechte und Proletarier nicht ausgehen, noch immer so gar kein Verständnis dafür haben, daß das deutsche Volk gegen eine ganze Welt von Feinden um seine Existenz kämpfen muß, wenn Ausgang und Ziel dieses Kämpfens auch noch so abzulehnen wären, so müßte jeder Ehrliche, der nicht in volkstümlicher Verhärtung blind geworden ist, den Gigantenkampf dieser modernen Spartaner bewundern! Der erste Führer der „Unabhängigen“ sieht aber stets nur die feindliche „Regierung“, wo ein Volk um seine Freiheit aus tausend Wunden blutet. So verblendet hat keine „proletarische Einsicht“, daß er den russischen Revolutionären empfiehlt, nicht mit „gewählten diplomatischen Unterhändlern“, sondern „mit ihren proletarischen Brüdern“ zu verhandeln. Jawohl, das ist auch ganz unsere Meinung, denn dann gehören nicht die Talim-Proletarier, Advokaten und Millionäre, sondern die deutschen Arbeiter Scheidemann und Ebert an die Friedensfront!

# Speziales

## Bereuete Eisenbahnfahrt

Der Reichstag hat am 29. März der neuen Reichsverkehrssteuer zugestimmt, die im allgemeinen einen zehnprozentigen Zuschlag zu den bisherigen Tarifen brachte, aber infolgedessen keine genaue Uebersicht gestattete, weil sie gleichzeitig den bisherigen Fahrkartenzuschlag beseitigte. Diese Unschärfe über die künftigen Fahrkartenpreise wurde noch dadurch erhöht, als der preussische Verkehrsminister keinen Zweifel daran gelassen hatte, daß er geneigt sein werde, auch seinerseits noch infolge der Erhöhung der Löhne und Baustoffe den Tarif mit einem Zuschlag von etwa fünf Prozent zu belasten. Man wußte also bisher, daß der künftige Personentarif erheblich anders aussehen werde wie bisher, und zwar im wesentlichen derart, daß der Tarif sich um zwanzig oder mehr Prozent erhöhen würde, aber man konnte sich nur ein sehr unbestimmtes Bild davon machen, in welcher Weise die Neuregelung des Tarifs auf die einzelnen Fahrklassen wirken würde. Jetzt erfahren wir aus dem „Vorwärts“, daß der preussische Verkehrsminister seine neuen Tarifpläne bereits dem Landesbahnrat vorgelegt hat. Auch wenn möglicherweise viele Grundzüge noch in der einen oder anderen Richtung eine Abänderung erfahren sollten, so wird man doch im allgemeinen annehmen können, daß hier die kommenden Fahrkartenpreise festgelegt worden sind.

Man wird sich keinen Augenblick darüber im unklaren sein können, daß es sich bei den Plänen der preussischen Eisenbahnverwaltung um eine sehr unangenehme Ueberraschung für alle diejenigen handelt, die geneigt sind, sich der preussischen Staatsbahn zu bedienen, also mit anderen Worten für das Deutsche Reich überhaupt. Denn es versteht sich von selbst, daß die übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen gar nicht anders handeln können, als sich dem preussischen Vorgehen im großen und ganzen anzuschließen. Nach diesem preussischen

Entwurf sollten die neuen Kilometerpreise für die Personenbeförderung wie folgt festgesetzt werden:

	in der 4. Klasse	3. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
auf 2,4 km	2,4 Pf.	3,7 Pf.	5,7 Pf.	9 Pf.
statt bisher	2 Pf.	3 Pf.	4,5 Pf.	7 Pf.

Es würde also die Erhöhung des Kilometerpreises betragen:

	in der 4. Klasse	3. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
20 %	20 %	23,33 %	26,67 %	28,57 %

Aber hierbei ist unberücksichtigt geblieben, daß durch den Wegfall des Fahrkartenzuschlages, der nur die drei oberen Klassen traf, die Belastung der einzelnen Wagenklassen in erheblicher Weise modifiziert wird. Berücksichtigt man nämlich diesen Wegfall des Fahrkartenzuschlages, dann bleibt die Belastung der vierten Klasse mit 20 Prozent bestehen, während die Belastung der dritten Klasse auf 20,1 Prozent, der zweiten Klasse auf 20 Prozent, und der ersten Klasse gar auf 14,80 Prozent sinkt. Soweit also der Reichszuschlag in Frage käme, der durch die neue Reichsverkehrssteuer gefordert wird, so würde die Belastung der vierten Klasse um 10 Prozent darüber hinausgehen, während die dritte Klasse nur eine Steigerung von 8,1 Prozent und die zweite Klasse von 6 Prozent aufweist, während die erste Klasse sogar noch unter dem durch das Reich geforderten Zuschlag zurückbleibt. Mit anderen Worten besagt das, daß zwar das Reich die einzelnen Klassen staffelförmig belastet, daß aber die preussische Verwaltung ihre Zuschläge in erster Reihe auf die vierte Klasse, dann in abgestufter Weise auch noch auf die dritte und zweite Klasse abwälzt, während sie der ersten Klasse sogar noch eine kleine Prämie zuerkennt. Man wird also verhältnismäßig künftighin in der ersten Klasse billiger als bisher fahren können. Während die vierte Klasse die größte Last zu tragen hätte. Das ist eine unsoziale Lastenverteilung, daß sich gegen sie aus dem Publikum heraus eine sehr starke Opposition bemerkbar machen dürfte. Und um so mehr, als ohnehin schon bisher die Ueberschüsse des Personenverkehrs von der vierten und dritten Klasse erbracht wurden.

— Der Fuhrtritt des Herrn Inspektors. Das Koburger Volksblatt berichtet: Durch einen Fuhrtritt hat der Inspektor Stierz von Weiklau den Tod der 11jährigen Tochter des Bierfahrers Köhler aus Gommern verursacht. Das Mädchen wurde mit Rübenverziehen auf Althaus-Weiklau beschäftigt. Als die kleine Köhler etwas lässig die Rüben verzog, gab der Inspektor dem Kinde einen derartigen Fuhrtritt, daß es vorn überfiel. Bei seiner Heimkehr klagte das Mädchen über Leibschmerzen, weshalb die Mutter die Tochter zu Hause ließ. Da sich bei dem Kinde auch Erbrechen einstellte, zog die Mutter den Arzt zur Rate, der die sofortige Ueberführung nach dem Magdeburger Krankenhause anordnete. Hier erlag am ersten Pfingstfeiertag nach erfolgter Operation das Mädchen einer Darmzerreißung, die durch den Fuhrtritt des Inspektors verursacht worden ist. Der Vater der Verstorbenen befindet sich im Kriege. Nach Aussage von Kindern soll der Inspektor das Kind auch geschlagen haben.

## Die Kriminalität nach dem Kriege

Professor Franz v. Liszt, der bekannte Strafrechtslehrer stellt im Berliner Tageblatt Betrachtungen an, über die Wiederaufnahme der Strafrechtsreform, die durch den Ausbruch des Krieges auf Jahre hinausgeschoben sein dürfte. In dem Aufsatz sagt der Verfasser: „Wir werden nach dem Krieg mit einer gewaltigen Steigerung der Kriminalität zu rechnen haben. Verschiedene Ursachen, die ich hier nur andeuten kann, werden in ihrem Zusammenwirken diesen Erfolg mit unabwendbarer Notwendigkeit hervorgerufen: die jetzt schon deutlich hervortretende Verwahrlosung der in der Heimat gebliebenen Jugend, die Erschütterung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens, die Schwierigkeit, die mit der Rückführung unserer Millionenheere in die inzwischen so ganz veränderten Friedensverhältnisse verknüpft sind, die horten innerpolitischen Kämpfe, die uns unzweifelhaft bevorstehen, die unermessliche Verschärfung des Kampfes ums Dasein. Diese sind eine Reihe anderer Faktoren werden die Zahl der begangenen strafbaren Handlungen wie die der verurteilten Verbrecher die Höhe treiben. Diese Steigerung der Kriminalität ist nach jedem großen Kriege beobachtet worden; sie war um so stärker je länger der Krieg gedauert und je mehr er die Gesamtbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen hat. Und wie die Vorfahrungen unserer Tage alle Kriege der Weltgeschichte hinter sich läßt, so wird — das läßt sich mit Bestimmtheit voraussetzen — die Steigerung der Kriminalität nach diesem Kriege, bei uns wie in anderen Staaten, an Ausdehnung die bisherigen Erscheinungen übertreffen.“ — Das sind ganz sehr bedenkliche Aussichten, aber darüber waren sich die denkenden Personen von jeher einig: zur Sonnenhöhe der Kultur führt ein Krieg die Menschheit nicht.

# Aus aller Welt

## Vom Erdboden verschwunden.

Ein Telegramm aus San Miguel, San Salvador, meldet: Die 60 000 Einwohner zählende Hauptstadt San Salvador vollkommen zerstört, unzweifelhaft durch Erdbeben oder durch Ausbruch eines Vulkans.

Ein weiteres Telegramm aus Tegueigalba besagt: Mehrere andere Städte sind zerstört. Das letzte Telegramm, das noch aus der Trümmerstätte eintraf, meldet: Alles rings umher von 20 Meilen ist zerstört. Die Einwohner von San Salvador lagern in den Straßen und Parkanlagen. Vermutlich ist das Unglück durch Ausbruch des Vulkans verursacht worden, an dessen Fuß die Stadt liegt.

San Salvador liegt in Mittelamerika in der Nähe des Panamakanals, in einem vulkanischen Gebiet.

— Nachklänge zum Schiffmann-Prozess. Der Vorsitzende im Schiffmann-Prozess, Landgerichtsdirektor Schwabe, dessen Angeklagtheit in der Öffentlichkeit viel besprochen wurde, an eine Zivilkammer des Landgerichts I Berlin verlegt wurde. — Die Verlegung an eine Zivilkammer ist einer Strafe gleich zu achten.

... allzuviel versprechen, konnte aber etwas Gutes heraus-  
... werbe die deutsche Regierung es nicht deshalb ablehnen, weil  
... von die Sozialisten komme. Darauf haben  
... die alldeutschen Rufer ziemlich betreten geschwiegen.  
... Diese deutsche Sympathieerklärung für Stockholm steht  
... bewußt und aus gesprochenem Gegensatz zu der fran-  
... sisch-englisch-amerikanischen Papperweigerung. Wir mü-  
... den den russischen Sozialisten zuzuhören, wenn wir an-  
... nehmen, daß sie diesen Gegensatz von Friedensstiche und Kriegs-  
... nicht merken, oder sich von aufdringlichen Rabgebern  
... dem westlichen Ententeagern darüber hinweg täuschen  
... lassen.

### Großkapital und Abenteuere

Als sich die innerpolitischen Debatten um die Frage des par-  
... mentarischen Systems drehen, verfiel die einheitlich dirigierte all-  
... weite Presse auf das Schlagwort, daß die Durchführung des par-  
... mentarischen Systems einen Sieg des Großkapitals bedeuten würde.  
... gegen diese Verbreitung wendet sich sehr treffend ein national-  
... berater Parlamentarier im „Hamburger Fremdenblatt“. Er  
... schreibt:

Tatsächlich liegen doch die Verhältnisse so, daß gerade solche,  
... die scheinbar gegen den Sieg des Großkapitals aus allgemeiner  
... Menschlichkeit mobil machen, gerade diejenigen sind, die selbst einen  
... Teil des Großkapitals darstellen und es in vorzüglicher Weise ver-  
... stehen haben, sich einen Einfluß auf die öffentliche Meinung zu  
... verschaffen, der in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Be-  
... deutung steht. Ist es ihnen doch in kürzester Zeit gelungen, nicht  
... weniger als drei Zeitungen in ihren Besitz zu bekommen, und nament-  
... lich in der nationalliberalen Partei macht sich die Tätigkeit dieser  
... Gruppen unmerklich bemerkbar. In selbst in einer der größten  
... Berliner Zeitungen, die sich nach außen als unparteiisch gibt, merkt  
... man den Einfluß dieser obengenannten Gruppen. Darüber hinaus  
... ist von denselben Kreisen der Wahlfonds zusammengebracht worden,  
... der mehrere Millionen Mark beträgt. Diefem Wahlfonds hat man  
... den schönen Titel „Wahlfonds der deutschen Industrie“ verliehen,  
... wobei zu bemerken ist, daß tatsächlich die deutsche Industrie in ihrer  
... Gesamtheit nicht das geringste mit diesem Wahlfonds zu tun hat  
... und nur eine ganz kleine Gruppe von Industriellen hinter diesem  
... Wahlfonds steht. Diefelbe Gruppe hat mit außerordentlichem Ge-  
... schick verstanden, bei der Ausland G. m. b. H. sich den Einfluß auf  
... die Verteilung der Inzeratenaufträge für in- und ausländische Zei-  
... tungen, wie sie durch die Ausland G. m. b. H. beabsichtigt ist, zu  
... sichern. Mit dem gleichen Geschick ist es dieser Gruppe gelungen,  
... in- und ausländischen Telegraphenunternehmungen sich zu be-  
... zügeln und somit großen Einfluß zu gewinnen. Man muß also  
... zugeben, daß diese Gruppe es verstanden hat, in der modernsten  
... Welt sich den gewinnlichsten Einfluß auf die öffentliche Meinung  
... zu sichern und daß gerade sie am wenigsten Verantwortung hat, dar-  
... auf hinzuwirken, daß die Durchführung des parlamentarischen  
... Systems den Einfluß des Großkapitals in unverhältnismäßiger  
... Weise stärken würde. Man kann nach dem Obengesagten sich des  
... Eindringens nicht erwehren, daß die an den verschiedenen Unter-  
... nehmungen interessierten Gruppen, die unzweifelhaft großkapi-  
... talistische Interessen vertreten, es auch ohne parlamentarisches System  
... möglich verstanden haben, sich einen außerordentlichen Einfluß  
... zu sichern.

Es ist zweifellos richtig, daß keine Partei so vom Großkapital  
... abhängig wird und in solchem Maße von ihm abhängig ist wie die  
... Linke.

### Zentrum und Papstfrieden

Die „Essener Volkszeitung“, das Zentrumblatt im westlichen  
... Preußen, veröffentlicht in seiner Nr. 147 einen „Der heilige  
... und der Friede“ überschriebenen Artikel, worin es heißt:

Die Völker sehnen auf dem ganzen Erdball die Beendigung  
... dieses Kampfes herbei. Die Sozialdemokratie hat sich als Sprecherin  
... dieser Sehnsucht erhoben. Schweigt die katholische Kirche, so  
... würde, wenn es zum Frieden kommt, in den Reihen der Gläubigen  
... dieser Mißmut darüber herrschen, daß Rom sich verweigert, wäh-  
... rend man in Stockholm redet. Eine Mißstimmung, die ihre Kon-  
... sequenzen haben müßte. In den Reihen der Nichtkatholischen würde  
... man, und zwar berechtigterweise, sagen: Die Macht, die sich die  
... Kirche nennt, war mächtig, während die Macht, die sich die  
... internationale heißt, handelte. Abfall in den Reihen der Katholiken  
... eintreten, Zuflucht in das Lager des Sozialismus, der ja über-  
... apt kommen wird, würde in noch viel höherem Maße stattfinden.

Wir stellen nur mit Befriedigung fest, daß auch Zentrumsmi-  
... nister, im Gegensatz zum kriegerischen „Westpreussischen Volksblatt“,  
... Stimme für einen baldigen Friedensschluß erheben.

### Zentrum und Wahlrecht

In einer am 9. Juni in Köln abgehaltenen Versammlung  
... christlichen Arbeitern sprach der Gewerkschaftsführer Bergmann  
... die Stellung der Arbeiter in der Zentrumspartei. Laut Bericht  
... „Rheinischer Volkszeitung“ in Nr. 154 hat er in seinem Referat  
... folgendes gesagt, was festgehalten zu werden verdient:

„Wie diese Frage (die preußische Wahlrechtsfrage) gelöst  
... werden, berührt die Arbeiterschaft auf das engste, die eine von ver-  
... schiedenen Seiten geforderte Einführung eines Mehrstimmrechts  
... abzulehnen und auf dem Standpunkt verharren, den die  
... Zentrumspartei seit den siebziger Jahren mit der Forderung der  
... Einführung des Reichstagswahlrechts auf Preußen verlangt habe.  
... er habe es befremdend in Zentrum-Abteilerkreisen gewirkt,  
... sowohl einzelne Zentrumsmänner aus anderen Ständen, wie auch  
... Reichstagsabgeordneter Giesberts für ein Mehrstimmrecht  
... gemacht habe. Einen Unfall der Zentrumspartei würde  
... Zentrum-Abteilerkreise nicht verstehen, noch viel weniger mit  
... und Glauben in Einklang zu bringen wissen. Ein solcher  
... Fall würde den Resonanzboden der christlichen Arbeiterschaft  
... zergraben, die ihrerseits gern dazu beitragen wolle, die Zentrumsmi-  
... nister stark zu erhalten.“

Auffälligerweise heißt man in dem ausführlichen Bericht des  
... „Lokal-Anzeigers“ über diese Ausführungen Bergmanns  
... Was für einen Grund hatte wohl das anerkannte Organ  
... des Zentrums, sie zu übergehen?

### Der Reichsverband auf dem Plan.

Zu Beginn des Krieges hatte der „Reichsverband gegen die  
... Demokratie“ feierlich erklärt, während der Dauer des Krieges  
... nicht in die Erscheinung treten zu wollen. Diese burgried-  
... liche Haltung fällt ihm indessen sauer und er schied sich zu neuen  
... an. Schon im November 1916 hatte er in einem Rund-  
... schreiben erklärt, den Kampf wenigstens gegen die Oppositionsgruppen  
... Sozialdemokratie wieder aufnehmen zu wollen. Aber das war  
... nur Vorspiel; mittlerweile ist dem Reichsverband doch die Er-  
... lösung gekommen, daß der Hauptfeind für ihn die alte sozial-  
... demokratische Partei bleibt. In einem neuen Rundschreiben wendet  
... er sich an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und die  
... sozialdemokratischen Mehrheit vertretene Forderung eines  
... ohne Gestärkerweiterungen und Kriegsentfärbungen. In  
... Rundschreiben heißt es:

„Soll man das in diesem gefährlichen Beginnen  
... enthaltene Gift weiter wirken lassen? Jeder wahre Deutsche wird  
... mit uns den sozialdemokratischen Parteiführern das Recht versagen,  
... im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und einen Verständig-  
... gungs- und Verständigungsfrieden zu proklamieren. ... Darum pro-  
... testieren auch wir gegen einen Scheidemannschen Verständigungs-  
... srieden, der unseren Feinden die Möglichkeit gibt, früher oder  
... später, wieder über uns herzufallen, um uns zu vernichten. ...  
... Darum geschlossen Front gemacht gegen den  
... sozialdemokratischen Frieden der Verelendung!  
... Jede Ortsgruppe, jedes Verbandmitglied wirke für die Forderung  
... eines starken deutschen Friedens!“

Jeder hat die Helfer, die er verdient. Die Alldeutschen haben  
... den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie!

### Endlich annerkennungsfähige Offenheit

Bisher haben die Alldeutschen behauptet, daß die von ihnen  
... geforderten Annerkennung zur Sicherung Deutschlands notwendig seien.  
... Daß dies nicht stimmt, haben wir mehr als einmal blüdig nach-  
... gewiesen. Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn jetzt ein alldeutsches  
... Blatt einmal Farbe bekant und offen zugibt, daß die alldeutschen  
... Eroberungen nichts anderes sein sollen als — ein Mittel gegen das  
... Wachstum der Demokratie. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“  
... schreiben:

Unsere monarchische Staatsform hat sich bewährt; je größer  
... der Gewinn des Krieges sein wird, um so gefestigter wird die  
... Monarchie werden.

Greifbare Vorteile, Sicherstellung der Zukunft des deutschen  
... Volkes werden den monarchischen Gedanken immer tiefer im  
... Volksbewußtsein wurzeln lassen.

Uebertragende Nachstellung Deutschlands wird den demo-  
... kratischen Bestrebungen am sichersten Halt geboten; und das tut  
... uns wahrlich Not!

Wir danken für das offene Zugeständnis und notieren es. Das  
... deutsche Volk wird es sich gründlich zu merken haben, daß die All-  
... deutschen die Blutzügel eines verlängerten Krieges zu keinem an-  
... deren Zweck noch ihr verlangen, als damit es auch nach dem Kriege  
... unmündig und unter aristokratisch-konserverativer Herrschaft bleibt.

### Heer und Frieden

Als Stimme des Heeres kann ein Kriegsgebiets gelten, das ein-  
... seit drei Jahren im Felde stehender Mann, der früher nicht Sozial-  
... demokrat war, aber sich jetzt als Parteimitglied angemeldet hat, un-  
... serer Parteizeitung in Göttingen, der „Freien Volkszeitung“, schickte,  
... und von dem wir überzeugt sind, daß von 100 Soldaten 99 ihm be-  
... gegelt zustimmen werden:

### Scheidemannsrieden.

Du hast gesprochen! Nimm es nicht zurück. — —  
... Das Wort, es findet Wiederhall bei Millionen Menschen,  
... Die müd' und lutt des wüsten Schlachtens sind,  
... Die oft genug den Tod vor Augen sahen,  
... Die ihre Pflicht getan. Wer will es streiten?  
... Mehr als genug! Entwert — entkräftet — —  
... Sie wollen heim, die Lieben nochmals schauen,  
... Eh' daß die Erd' sie deckt.  
... Zu früh — wie all', die blieben. — — —  
... Sie wollen heim.  
... Sie laßt nicht Landregier.  
... Naß hat für sie die heimliche Scholle.  
... Soll denn bezahlt mit Geld der Brüder Blutstrom werden?  
... Soll jeder Todesstreich ein Goldstück wiegen?  
... Nein, nein! Kann heute Frieden sein,  
... So darf es nimmermehr bis morgen währen.  
... Wir schütten unsern Heerd mit unsern Leibern.  
... Uns ist's genug, daß er verschont geblieben.  
... Kann's heute sein, dann nimmermehr erst morgen — Frieden!

### Russische Umwälzung

#### Sozialistischer Sieg bei den Stadtratswahlen

W. I. B. Petersburg, 13. Juni. (P. T. A.) Nach  
... vorläufiger Meldung hat der sozialistische Block, nämlich die  
... Revolutionären Sozialisten, die Demokratischen Sozialisten  
... und die Arbeitspartei, bei den Wahlen für die städtischen  
... Bezirksräte, bei denen zum erstenmal in Rußland das all-  
... gemeine Stimmrecht zur Anwendung gelangte, den Sieg davon-  
... getragen. Die Kadettenpartei blieb an zweiter Stelle.

Durch das hoch erfreuliche Wahlergebnis auf Grund  
... des allgemeinen, gleichen und geheimen  
... Wahlrechts ist erwiesen, daß die Masse, das wirkliche  
... russische Volk, von den kapitalistisch-imperialistischen  
... Kriegsführern nichts wissen will und den Eroberungs-  
... krieg unbedingt ablehnt. Das freie russische Volk will  
... Frieden und nicht die Fortsetzung der sinnlosen Menschen-  
... schlächterei.

#### Soldatliche Demokratie

Der Abgang Gurkos, des Oberbefehlshabers der  
... gegen Deutschland und Osterrreich-Ungarn gerichteten —  
... russischen Westfront, wurde, laut Stockholmer Meldung der  
... „Frankfurter Ztg.“, unmittelbar von mehreren Kom-  
... pagnien seiner Armee gefordert. Die Regierung  
... hat die Auflösung dieser Truppenteile angeordnet. Der Ober-  
... befehlshaber des Kiower Militärbezirks Horodowitsch erhielt  
... den Abschied.

#### Verschwindene Geheimverträge

In Stockholmer Konferenzkreisen wird die Petersburger  
... Nachricht des spurlosen Verschwindens von Originalurkunden  
... der seit 1913 zwischen Rußland und der Entente abgeschlossenen  
... Geheimverträge lebhaft erörtert. Die russischen Blätter er-  
... warteten die Bekanntgabe der Verträge bereits unmittelbar  
... nach dem Eintritt der sozialistischen Minister in die Interims-  
... regierung. Hingegen wird nun bekannt, daß sowohl Tjereckil  
... wie Stolobetow trotz dem ihnen als Regierungsmitglied zu-  
... stehenden Rechts der Einsichtnahme in alle Staatsverträge und  
... trotz der ausdrücklichen Forderung nach der Vorlage der die ge-  
... heimten Vorgeschichte des Krieges betreffenden Urkunden, diese  
... Verträge bisher nicht vorgelegt werden konnten. Pöblich aber  
... läßt sich in Petersburg das Gerücht auf, daß die Dokumente  
... Ende April, also noch in der Amtszeit des Ministers des  
... Reichsintern, von dem bisherigen sicheren Aufbewah-  
... rungsort entfernt worden und kurz danach verschwunden seien.  
... Die Angelegenheit wird mit einem in der Wohnung eines  
... Diplomaten vorgenommenen Einbruch in Verbindung gebracht.  
... Nach Ansicht der russischen Sozialisten handelt es sich bei dem  
... sehr eigenförmlichen, noch nicht näher aufgeklärten Vorfall um

einen kühnen Angriff einer verbündeten Großmacht in Peters-  
... burg, die vor nichts zurückschreckt, um das neue Rußland  
... definitiv zu zwingen, die für die Kriegspolitik Frankreichs, Eng-  
... lands und der russischen Militärpartei bereits 1913 äußerlich be-  
... gegneten Urkunden zu veröffentlichen und die Entente vor  
... aller Welt als Urheber des Weltkrieges zu entlarven.

### Warum kein Separatfrieden?

Das Stockholmer Blatt „Nya Dagligt Utöghanda“ hat  
... eine Unterredung mit einem „herorragenden russischen Diplo-  
... maten“ gehabt und im Verlaufe des Gesprächs kam auch die  
... Rede darauf, warum die jetzigen leitenden Männer in Ruß-  
... land immer wieder versicherten, daß Rußland nicht daran  
... denke, einen Separatfrieden zu schließen. Die fortgesetzten Ber-  
... euerungen in dieser Beziehung klingen doch recht eigenartig,  
... um so mehr, da doch keine der Zentralmächte an Rußland mit  
... einem solchen Angebot herantreten sei. Der russische Diplo-  
... mat antwortete, daß diesen Beteuerungen ganz andere Ur-  
... sachen zugrunde lägen. Sie seien zu betrachten als Antwort  
... auf die geheimen Depeschen, die häufig in Petersburg ein-  
... liefen. Diese geheimen Depeschen hätten verschiedenen In-  
... halt. In der einen heißt es: England und Frankreich würden  
... Rußland als Feind betrachten, im Falle es die eingegangenen  
... Verpflichtungen, betreffend einen gemeinsamen Frieden,  
... bräche; dann wird gebroht, Japan würde Wladimiroff und  
... Sibirien besetzen, oder Amerika und England würden sich ge-  
... nötigt sehen, von ihren Versprechungen zurückzutreten, wenn  
... Rußland einen Separatfrieden eingehe. Derartige Drohungen  
... können täglich aus dem Lager der Entente, und diese Schred-  
... schüsse bewirken dann, daß die leitenden Männer in Rußland  
... immer und immer wieder beteuerten, daß sie an einen Separat-  
... frieden nicht dächten. Der russische Diplomat bemerkte dann  
... weiter: Die größte Angst hat man aber davor, daß England  
... imstande ist, der neuen Republik den Boden zu untergraben.  
... Denn wie der Sturz des Zaren von England aus betrieben  
... worden ist, so beflüchtet man nun, daß von dort aus auch die  
... Konterbewegung in Gang gesetzt wird, um die Republik wieder  
... zu stürzen. Die gegenwärtigen russischen Staatsmänner seien  
... leider keine Diplomaten, sonst würden derartige Drohungen  
... keinen Eindruck auf sie machen. Wenn es die Wohlfahrt des  
... Vaterlandes gälte, dürfe keine Rücksicht genommen werden,  
... weder nach der einen, noch nach der anderen Seite hin. Das  
... russische Volk habe das alte Regime gestürzt, weil ihm dessen  
... äußere und innere Politik nicht mehr gepaßt hat. Deswegen  
... auch dürfe kein Mensch mit klarem Verstande der jetzigen russi-  
... schen Regierung einen Vorwurf machen, wenn sie dazu über-  
... ginge, die Verträge des früheren zaristischen Rußlands mit den  
... Westmächten für null und nichtig zu erklären. Gesunde Politik  
... habe mit der Moral nichts zu tun, und wenn die Wohlfahrt  
... einer ganzen Nation auf dem Spiele stehe, komme die Moral  
... erst in zweiter Linie.

### Austausch deutscher Zivilgefangener

W. I. B. Petersburg, 7. Juni. (P. T. A.) Der Rat der  
... Arbeiter- und Soldatenabgeordneten teilt mit: Der Ausschuß  
... für auswärtige Angelegenheiten des Petersburger Rates der  
... Arbeiter- und Soldatenabgeordneten teilt mit: Der Ausschuß  
... für auswärtige Angelegenheiten des Petersburger Rates der  
... Arbeiter- und Soldatenabgeordneten beschloß Schritte zu unter-  
... nehmen, um den Austausch der in Deutschland internierten  
... russischen politischen Flüchtlinge gegen deutsche Zivilgefangene  
... in Rußland zu erreichen. Der Ausschuß hofft, die ausländi-  
... schen sozialistischen Organisationen werden ihn in diesen Be-  
... strebungen nach Kräften unterstützen.

### Russische Blätter in Frankreich verboten

Wie „Journal du peuple“ mitteilt, sind die russischen  
... sozialistischen Blätter „Iswestija“, „Pravda“ und „Kona  
... dadazai“ in Frankreich verboten worden.  
... „Und ich rufe ins Land hinaus: Vive la république!“  
... Papperweigerung, Zeitungsverbote — was tut man nicht alles  
... für den Sieg der Freiheit!

### Deklaration der Soldatenrechte

Am 24. Mai erfolgte die vom gegenwärtigen russischen  
... Kriegsminister unterzeichnete „Deklaration der Rechte der Sol-  
... daten“ in der russischen Armee. Die Deklaration macht die  
... Soldaten zu vollberechtigten Bürgern, die auf politische Selbst-  
... bestimmung Anspruch erheben dürfen, und gewährt ihnen die  
... Möglichkeit, sich am politischen Leben des Landes zu beteiligen.

### Bestämpfung der Fahnenflucht

Petersburg, den 8. Juni. (P. T. A.) Die vorläufige Re-  
... gierung hat den vom Justizminister ausgearbeiteten Geset-  
... entwurf gegen die Fahnenflüchtigen ihre Zustimmung erteilt.  
... Außer den im Gesetz vorgesehenen Strafen wird den Fahnen-  
... flüchtigen das Wahlrecht zur konstituierenden Versammlung  
... entzogen werden. Die Frage, ob die Fahnenflüchtigen bei der  
... Agrarreform kein Land erhalten sollen, wird der Entscheidung  
... der konstituierenden Versammlung unterbreitet werden. Die  
... Familien der Fahnenflüchtigen werden solange die monat-  
... liche Unterstützung nicht erhalten, bis diese sich ihren Truppen-  
... teilen gestellt haben werden.

Die Erhaltung eines tüchtigen Volksheeres liegt durchaus  
... im Interesse der Demokratie, die sich gegen die reaktionären  
... Mächte und die englischen Wühlerien erhalten will.

### Weiblicher Unterstaatssekretär

Gräfin Banin, die wegen ihrer Wohltätigkeiten be-  
... kannt ist und sich große Verdienste bei der Organisation ver-  
... schiedener Hilfsdienste erworben hat, ist zum Unterstaats-  
... sekretär im Ministerium für Fürsorge und Wohlfahrtspflege  
... ernannt worden.

Sämtliche Sommerpaläste der Kaiserin-Witwe an der  
... Südküste der Krim werden vom Städte- und Gemeindevorstand  
... zu Sanatorien für verwundete Soldaten eingerichtet werden.

### Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.  
... Verlag Volksrecht J. Gehl u. Co., Danzig  
... Druck Köhlschöcker Verlag, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

# Wintergarten

Oliver Tor 10  
 Telefon 1826 Dir.: Arthur Lewinsohn Telefon 1828

Ab heute und folgende Tage:  
**Das glänzende**

## Juni-Programm!

3. Spielfolge

**Lucie Bernardo**  
Soubrette

**Gebrüder Girardi**  
musikalische  
Spassmacher

**Otto Röhr**  
Humorist am Flügel

**Ernst Berger und Partner**  
akrobatische Neuheit

**Ambre und Wally**  
originelle equilibrist.  
Billardspiele

**Fely — Poly**  
grosser Elektro-Musikal-Akt

**Abs Avello**  
deutscher  
Meisterturner

**Eiko-  
Woche**

**3 Violettas 3**  
Verwandlungs-  
Tanz-Akt

Samstag den 17. Juni:  
**2 grosse Vorstellungen 2**  
 3 Uhr 7 Uhr  
 bei ganz kleinen Preisen zu täglich. Kassenpreisen  
 Vorverkauf im Kaufhaus Gebr. Freymann,  
 Kohlenmarkt, und im Theaterbureau

**Der wahre Jakob** farbig-illustrierte Zeitschrift für humor und Satire  
 Buchhandlung Volkswacht

### Bekanntmachung

**betreffend Flugblätter und Versammlungsrecht.**  
 Die Bekanntmachung vom 22. Dezember 1915 wird aufgehoben. Die dort getroffenen Bestimmungen erhalten unter Aufrechterhaltung der Aufhebung des Artikels 29 der Preussischen Verfassungsurkunde folgende Fassung:

§ 1. Der Druck von Flugblättern (Plakaten) und Flugblättern, insbesondere von Bekanntmachungen und Aufrufen politischen Inhalts, deren Verbreitung (Anschlagen, Anheften, Auslegen, Auslegen) und deren Verteilung jeder Art, darf nur mit schriftlicher Genehmigung der Ortspolizeibehörde erfolgen. Ausgenommen sind Veröffentlichungen, die amtlich befreit oder durch M. T. B. mitgeteilte Nachrichten enthalten, sowie die Sonderausgabe nicht verbotener Zeitungen.

Auf die Bekanntmachungen öffentlicher Behörden sind die Bestimmungen in Absatz 1 nicht anwendbar.

§ 2. Die Veranstaltung und Leitung von öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen, sowie die Teilnahme an solchen, zu anderen als wie rein gesellschaftlichen oder kirchlichen Zwecken ist verboten, sofern nicht eine schriftliche Genehmigung der Polizeibehörde vorliegt.

Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 48 Stunden vor dem Beginne der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Gegenstandes der Versammlung nachzuführen. Den Polizeibehörden steht die Überwachungs- und Auflösungsbefugnis zu.

Auf die von Behörden und Körperschaften mit amtlichen Befugnissen einberufenen Versammlungen finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

§ 3. Alle nichtöffentlichen Versammlungen, in denen politische oder öffentliche Angelegenheiten irgend einer Art, insbesondere auch Wirtschaft- oder Lohnfragen erörtert werden sollen, sind vom Vorstande oder Einberufer mindestens 48 Stunden vor dem Beginne der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes und der Redner bei der Polizeibehörde schriftlich anzugehen.

§ 4. Alle Vorträge über militärische Angelegenheiten oder über die Kriegsziele bedürfen ausserdem der Genehmigung der zuständigen militärischen Zensurbehörde, der sie rechtzeitig in vollständiger Niederschrift vorzulegen sind. Die Genehmigung erfolgt schriftlich, der nicht genehmigte Teil darf nicht vorgetragen werden.

§ 5. Unter Flugblättern im Sinne des § 1 sind auch solche mit der Hand oder durch Druck gefertigte Mitteilungen politischen oder wirtschaftlichen Inhalts oder Einladungen zu Versammlungen der im § 2 und 3 bezeichneten Art zu verstehen, die an eine bestimmte Anzahl oder einen bestimmten Kreis von Personen verteilt werden oder verteilt werden sollen.

§ 6. Sogenannte Betriebsversammlungen sind nur zulässig, wenn sie ausserhalb der Arbeitsstunden und auch ausserhalb etwaiger Nebenstunden stattfinden.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sofern die betreffenden Befehle keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen.

§ 8. Diese Verordnung tritt am zweiten Tage nach ihrer Verkündung durch die Amtsblätter der Königlich Preussischen Regierungen in Kraft. Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg, den 1. Juni 1917.  
 Der kommandierende General des Heils. XVII. Armeekorps.  
 Die Gouverneure der Festungen Thorn, Graudenz.  
 Die Kommandanten der Festungen Danzig, Kulm und Marienburg.

**Echt getadelten Schnupftabak** offeriert garant. rein.

**Julius Gosda,** Kohlsabatgroßhandlung und Schnupftabakfabrik,  
 Danzig, Sae Hätergasse 5 u. 2. Priesteryasse 5. Fernspr. 2428

**Uhren**  
 mit 3jähriger schriftl. Garantie  
 Große Auswahl  
 in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren  
 Bedenken in allen Preislagen  
**S. Lewy Nfgr.**  
 Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

**Trauer-**  
 Hüte in reichlicher Auswahl.  
 Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen.  
**Julius Goldstein**  
 Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Notizbücher, Briefpapier, Feldpostkarten, Kartenbriefe, Tinte, Stifte und andere Schreibutensilien kaufen Sie vorteilhaft in der  
**Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32**

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschnür, Leder, Zellstoff, Fahrradmädel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die  
**Nähmaschine Stepper** D. B. S. M.  
 Solide, beste Konstruktion. Nähstreich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nadelortierung und Leinwand, verpackt und postfrei. In Lederhüllen käuflich oder direkt durch  
**Joh. Zucker**  
 Stuttgart-Botnang.

Für die Wiederaufbauarbeiten in Ostpreußen werden  
**Maurer Zimmerer Tischler**  
 gesucht.  
 Nähere Auskunft über Vergütung, Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen erteilt der  
**Arbeitsnachweis für das Baugewerbe, Königsberg i. Pr., Klappertwiete**

**Gute Volks- und Jugendbücher**  
 zum Preise von 10—50 Pfennigen empfiehlt  
**Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.**

**Volksfürsorge**  
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftlich-berufliche Versicherungsgesellschaft  
 Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverkauf.  
 Man verlange Broschüre von der Rechnungsstelle 16 Danzig  
 Bruno Schmidt, Reitenbuden 55

# Waschstoffe:

guter und bester Beschaffenheit erfreuen sich durch reizende Ausmusterung und die vielseitige Auswahl in diesen sonnenwarmen Tagen großer Beliebtheit.

Schleierstoff glatt, weiß, gutes Schweizer Fabrikat . . . . . Meter 5.50	4.75	Crêpe-Voile 110 cm breit, hell gemustert. . . . . Meter 8.50	7.50
Schleierstoff weiß, vornehm bestickt, doppelbreit. . . . . Meter 7.75	5.50	Kräuselstoff hübsche Blumenmuster . . . . . Meter 2.75	2.25
Schleierstoff dunkel und mittelgrundig, bestickt, doppelbreit, Meter 9.75	8.50	Waschmusseline hell und dunkelgrundig. . . . . Meter 3.25	2.45
Schleierstoff bestickt, gebümt, gestreift und getupft. . . . . Meter 3.00	2.45	Crepon einfarbig weiss . . . . . Meter 4.25	2.75
Schleierstoff bedruckt, 110 cm breit, moderne Tupfen u. Streifen. Meter 5.50	5.00	Batist durchbrochen, weiss. . . . . Meter 2.75	2.25
Schleierstoff bedruckt, 110 cm breit, elegante Fantasiemuster, Meter 7.50	6.00	Schleierstoff-Volants ca. 110 cm breit . . . . . Meter 4.50	3.00
Batist bestickt, weißgrundig . . . . . Meter 2.75	1.75	Frotté weiss. . . . . Meter 5.25	3.50

# Seiden-Stoffe:

Japonseide waschbar, deutsches Erzeugnis, best. Ersatz für Japanware Meter	4.75
Taffet in vielen Farben, 80—100 cm breit, gute Kleiderqualitäten . . . Meter 12,75	9.50
Garbadine farbig, für Kleider und Kostüme, 130 cm breit . . . . . Meter	22.00
Kleiderseide 105 cm breit, moderne feine Karos . . . . . Meter 10,50	8.50
Blusenseide moderne Streifen und Karos . . . . . Meter 6,00	3.25

Angebot aus der Schreibwaren-Abteilung  
**Toilettenpapier**  
 Rolle 15 und 18 Pf.

# FREYMANN

Angebot aus der Schreibwaren-Abteilung  
 für Einmachezwecke  
**Salizyl-Pergament-Papier**  
 in Rollen :- Rolle 18 Pfg.